

Grundlinien der Wirtschafts- entwicklung 2007/2008

1. Weltwirtschaftliches Wachstum schwächt sich nur wenig ab

Arbeitskreis
Konjunktur
asteinherr@diw.de

Im Jahr 2006 hat der weltwirtschaftliche Aufschwung insgesamt noch an Breite gewonnen. Zwar schwächte sich die konjunkturelle Dynamik in den USA leicht ab, in Südostasien und China blieb die Konjunktur aber kräftig, und im Euroraum und in Großbritannien beschleunigte sich das Wachstum.

Angesichts der hohen Auslastung des Produktionspotentials in den USA und des zu Ende gehenden Booms im Immobiliensektor war vielfach befürchtet worden, dass es im Gefolge einer restriktiveren Geldpolitik zu einer Abschwächung des dortigen Wirtschaftswachstums mit negativen Folgen für die Weltwirtschaft kommt.¹ Die aktuelle Entwicklung indes weist auf ein *soft landing* hin (Kasten 1).

Die Notierungen an den Aktienmärkten haben sich 2006 weltweit erholt. Die Furcht vor spürbaren Zinssteigerungen hat sich vermindert; die Kapitalmarkrenditen sind zeitweise sogar gefallen. Die fundamentalen Indikatoren deuten nicht auf einen bevorstehenden kräftigen Anstieg der Öl- und Rohstoffpreise hin. Bei alledem ist der Lohnanstieg in den Industrieländern zumeist moderat. Insgesamt wird sich daher das weltwirtschaftliche Wachstum 2007 und 2008 mit nur wenig abgeschwächtem Tempo fortsetzen.

Die leichte gesamtwirtschaftliche Abschwächung in den USA ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Geldpolitik dort die Zügel deutlich straffte. Sie dürfte in diesem Jahr ihren eher restriktiven Kurs lockern. Im Euroraum hat der Aufschwung später eingesetzt, und die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren expansiven Kurs zur Jahreswende 2005/2006 verlassen. Hier sind weitere Zinssteigerungen zu erwarten.

USA: Geldpolitik an der Wende

In den USA hat sich die Konjunktur im Jahr 2006 etwas abgeschwächt. Ein Grund hierfür war auch die gedämpfte Entwicklung der Immobilienpreise, die die Vermögenszuwächse begrenzt. Dies hat schon im letzten Jahr zu einer spürbar geringeren Konsumdynamik geführt. Zudem sind die Impulse von der Fiskal- und Geldpolitik restriktiv. Wegen des sinkenden Ölpreises und der schwächeren Konjunktur hat sich die Inflationsrate deutlich – auf derzeit 2,4 % – verringert; die

¹ Zu einer extrem pessimistischen Sicht vgl. etwa den amerikanischen Ökonomen Roubini, N.: US-Ökonomie stürzt ab, www.rgermonitor.com/blog/roubini.

Nr. 1-2/2007

74. Jahrgang/3. Januar 2007

Inhalt

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung
2007/2008

1. Weltwirtschaftliches Wachstum
schwächt sich nur wenig ab
Seite **1**
2. Die wirtschaftliche Lage
in Deutschland
Seite **10**
3. Zur Wirtschaftspolitik
Seite **16**

Die wichtigsten Daten der Volks-
wirtschaftlichen Gesamtrechnung
für Deutschland
Seite **19**

Dieser Ausgabe liegt das
Inhaltsverzeichnis für den
Jahrgang 2006 bei.

Kasten 1

Bedrohliche Ausmaße der weltweiten Ungleichgewichte

Der US-Dollar hat in den letzten Wochen deutlich abgewertet. Für das 2. Halbjahr 2007 wird erwartet, dass die US-Notenbank ihren Leitzins senkt. Dies dürfte die Dollarschwäche tendenziell verstärken. Den Abbau des US-Leistungsbilanzdefizits würde es insbesondere dann erleichtern, wenn der US-Dollar gegenüber den Währungen derjenigen Volkswirtschaften abwertet, die große Handelsüberschüsse mit den USA haben. Das gilt insbesondere für China, Japan und ölexportierende Länder wie Saudi-Arabien und Russland. Bislang hat der Dollar jedoch vor allem gegenüber dem Euro abgewertet. Speziell China, aber auch Japan, haben sich bislang erfolgreich durch Devisenmarktinterventionen gegen eine Aufwertung ihrer Währungen gesperrt.

Das US-Leistungsbilanzdefizit ist seit Mitte der 90er Jahre kontinuierlich gewachsen und betrug vergangenes Jahr rund 6,5 % des Bruttoinlandsprodukts. Es hat inzwischen bedrohliche Ausmaße erreicht. Eine Anpassung kann sanft und allmählich oder abrupt und ungeordnet erfolgen. Je länger die angespannte Situation anhält, umso problematischer ist die mit den anhaltenden Leistungsbilanzdefiziten einhergehende Netto-Auslandsverschuldung der USA.

Nicht nur die Höhe der US-Kapitalimporte, sondern auch die Form der Kapitalzuflüsse ist kritisch zu werten. So fließt Kapital immer mehr in Form von Schuldscheinen und weniger in Form von Direkt- oder Portfolioinvestitionen in die USA. Sollte die Bereitschaft ausländischer Investoren sinken, ihre Bestände an US-Anlagen zu halten, könnte dies zu einer deutlichen Schwächung des US-Dollar führen.¹ Käme es – beispielsweise aufgrund eines Crashes am Immobilienmarkt – sogar zu einer regelrechten Flucht aus amerikanischen Anlagen, wären der Abbau abrupt und die Folgen für die Weltwirtschaft dramatisch. Um eine solche Entwicklung zu verhindern, müssen die USA die Ursachen für ihr enormes Defizit beseitigen.

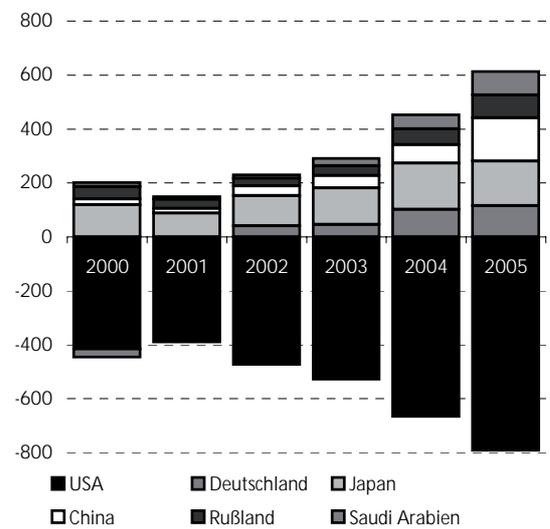
Die heimische Sparquote ist in den USA relativ gering; sie stellt eine der Hauptursachen für das Leistungsbilanzdefizit dar. Eine Abwertung allein würde das Sparverhalten nicht verändern. Vielmehr könnte sie gerade beim Importweltmeister USA über steigende Einfuhrpreise zu Inflation führen und damit die potentiell positiven Effekte der Abwertung schmälern. Umso wichtiger erscheint es, die privaten Haushalte zur Spartätigkeit anzuregen und das Staatsdefizits abzubauen. Darüber hinaus könnte ein höheres Wachstum in Europa und Japan zu einer „sanften“ Korrektur der globalen Ungleichgewichte beitragen. Ein damit einhergehender Produktivitätszuwachs in Europa und Japan ist vor allem dann hilfreich, wenn der Anstieg im Sektor nicht-handelbarer Güter stattfindet. Steigt die Produktivität hingegen im Exportsektor, kann dies zu einer Verstärkung der globalen Ungleichgewichte führen. Wirtschaftspolitisch erfordert dies eine Stärkung der Binnennachfrage in Europa.

Obstfeld und Rogoff² zeigen, dass die Geschwindigkeit, mit der sich die globalen Ungleichgewichte umkehren, die Rahmenbedingungen, unter denen es zu einer Korrektur kommt, sowie die Verteilung der daraus resultierenden Anpassungslast auf Europa und Asien erhebliche Auswirkungen auf die weltweiten Wechselkurse haben. Veränderte Wechselkurse wiederum ziehen enorme Effekte auf die Nettoauslandsforderungen eines Landes nach sich. Aus der Sicht Europas hat eine nominale Abwertung des US-Dollar nicht nur eine potentielle Wettbewerbsverschlechterung, sondern auch einen Wertverlust der Nettoauslandsforderungen zur Folge, da über 30 % der europäischen Forderungen, aber nur 20 % der Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland in US-Dollar nominiert sind. Nach Berechnungen von Obstfeld und Rogoff würde Europa etwa 1 Billion US-Dollar Verlust erleiden, wenn das amerikanische Leistungsbilanzdefizit halbiert und der US-Dollar entsprechend abwerten würde.³ Die Auswirkungen auf Asiens Nettoauslandsforderungen wären noch gravierender. Asiens

Abbildung

Leistungsbilanzsalden ausgewählter Länder

In Mrd. US-Dollar



Quellen: Internationaler Währungsfonds;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Forderungen bestehen zu 80 %, die Verbindlichkeiten aber lediglich zu 34 % in US-Dollar. Dagegen hätte eine Dollar-Abwertung für die USA nicht nur eine Verbesserung der Handelsbilanz, sondern auch eine Erhöhung der Nettoauslandsforderungen zur Folge.⁴ Als einziges Land der Welt haben die USA die Möglichkeit, sich durch Abwertung ihrer eigenen Währung zu entschulden, da ihre Verbindlichkeiten zu fast 100 % in US-Dollar bestehen. Dagegen sind nur 70 Prozent der Forderungen in ausländischer Währung nominiert.

1 Doch auch für sehr optimistische Annahmen – beispielsweise, dass ausländische Investoren innerhalb der nächsten fünf Jahre ihren Netto-Bestand an US-Vermögen im Verhältnis zum amerikanischen Bruttoinlandsprodukt verdoppeln – zeigt Edwards, dass es in absehbarer Zukunft zu einer deutlichen Anpassung des US-Leistungsbilanzdefizits kommen müsste. Diese wiederum hätte eine reale Abwertung des handelsgewichteten US-Dollars um 13 bis 23 % während der ersten drei Jahre zur Folge. Edwards, S.: Is the US Current Account Deficit Sustainable? And if not how costly is adjustment likely to be? NBER Working Paper Nr. 11541, 2005.
2 Obstfeld, M., Rogoff, K.: Perspectives on OECD Economic Integration: Implications for US Current Account Adjustment. Paper presented at the Federal Reserve Bank of Kansas City, 2000. Obstfeld, M., Rogoff, K.: The Unsustainable US Current Account Revisited. NBER Working Paper Nr. 10869, 2004. Obstfeld, M., Rogoff, K.: Global Current Account Imbalances and Exchange Rate Adjustments. Brooking Papers on Economic Activity, 1, 2005, 67–123.
3 Die Auswirkungen einer Abwertung bzw. Aufwertung der heimischen Währung auf die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Handelsbilanz wurde schon seit langer Zeit immer wieder in Studien thematisiert. In den letzten Jahren betonen aber auch immer mehr Ökonomen die Auswirkungen von Wechselkursveränderungen auf die Nettoauslandsforderungen. Gerade in Hinblick auf die steigende Finanzmarktintegration scheint dieser Valuation-Effekt wichtiger geworden zu sein. Gourinchas, P.-O., Rey, H.: International Financial Adjustments. CEPR Discussion Paper Nr. 5220, 2005.
4 Allerdings würde eine Dollar-Abwertung höhere US-Zinsen mit sich bringen, die den Nutzen eines solchen Effekts kompensieren könnte. Die USA verschulden sich hauptsächlich in Form von Wertpapieren mit geringerem Risiko und verleihen Kapital in Form von Aktien und Wertpapieren mit hohem Risiko, was sie besonders sensibel auf Zinserhöhungen macht.

Kernrate liegt etwa einen halben Prozentpunkt höher. Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor in einer robusten Verfassung (Tabelle 1).

In diesem Jahr setzt sich die konjunkturelle Beruhigung fort. Dies sowie sinkende Inflationsraten und ein tendenziell eher abwertender US-Dollar werden dazu beitragen, dass die US-Notenbank in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 den Leitzins in mehreren Schritten von 5,25 % auf dann etwa 4,5 % senken wird. Das Wirtschaftswachstum wird mit einer Rate von etwa 2,6 % im laufenden Jahr geringer ausfallen als in den Vorjahren, auch weil die Nachfrage aufgrund der stagnierenden Wohnimmobilienpreise und einer leicht zunehmenden Sparquote schwä-

cher expandiert. Von der Fiskalpolitik sind keine positiven Impulse zu erwarten; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird das Budgetdefizit bei etwa 2 % verharren. Infolge der gelockerten Geldpolitik dürfte sich das Wachstum 2008 wieder etwas verstärken.

Asien: Leicht gebremste Dynamik auf hohem Niveau

In Asien war das Wachstum in 2006 kräftiger als erwartet. Allerdings hat sich auch hier das Tempo der Expansion im Jahresverlauf etwas abgeschwächt. Dazu hat die straffere Geldpolitik beigetragen.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern

	Gewichte in % des BIP	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						2006	2007	2008
		2006	2007	2008	2006	2007	2008			
EU-27	41,8	2,9	2,5	2,6	2,2	2,1	1,9	7,8	7,4	7,2
Schweiz	1,1	2,8	2,5	2,3	1,8	1,6	1,5	3,5	3,4	3,2
Norwegen	0,9	3,0	2,5	2,4	2,3	2,0	2,0	3,5	3,5	3,4
West- und Mitteleuropa ¹	43,9	2,9	2,5	2,6	2,2	2,1	1,9	7,7	7,3	7,1
USA	38,4	3,3	2,6	3,1	3,1	2,5	2,3	4,6	4,8	5,0
Japan	14,3	2,5	1,9	2,0	0,3	0,5	0,7	4,1	4,0	3,9
Kanada	3,4	2,8	2,6	2,9	2,2	1,7	1,8	6,5	6,6	6,5
Industrieländer insgesamt ¹	100,0	3,0	2,5	2,7	2,3	2,0	1,9	6,1	6,0	5,9
<i>Nachrichtlich:</i>										
Russland	–	6,0	6,0	5,5	10,0	8,0	7,0	7,5	7,1	6,8
Türkei	–	6,0	6,5	6,5	10,2	8,5	6,0	10,0	9,5	9,0
China	–	10,6	9,8	9,5	–	–	–	–	–	–

1 Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2005.

In China stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr um knapp 11 %. Die Auftriebskräfte kamen sowohl von der Binnennachfrage als auch von den Exporten. Vor allem die Anlageinvestitionen expandierten beschleunigt. Auch im übrigen ostasiatischen Raum blieb die wirtschaftliche Expansion robust. Dazu trugen insbesondere die Exporte bei, während die inländische Nachfrage sich in den meisten dieser Länder etwas schwächer entwickelte. In Südkorea wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr um gut 5 %, so stark wie seit 2002 nicht mehr.

Im Prognosezeitraum wird sich das sehr hohe Wachstumstempo in China leicht verringern. Einerseits dürfte die etwas geringere konjunkturelle Dynamik in den USA und in Europa den Zuwachs der Exporte mindern, andererseits werden die von China ergriffenen Maßnahmen zur Vermeidung einer Überhitzung der Konjunktur zunehmend Wirkung zeigen. Mit Zinserhöhungen und strengeren Reserveanforderungen für Geschäftsbanken versucht die Regierung gegen teilweise exzessive Kreditvergaben vorzugehen, doch scheint nicht so sehr die Höhe der Kredite, sondern vielmehr die Art der Kreditvergabe ein Problem zu sein. So geht ein Großteil der Kredite, die von den Staatsbanken vergeben werden, an staatliche Firmen mit einer oft geringen Produktivität. Nur ein geringer Teil der Kredite kommt dem Privatsektor zugute.

Auch für die übrigen ostasiatischen Länder wird für 2007 ein nur wenig verlangsamtes Wirtschaftswachstum prognostiziert; im Jahr 2008 wird sich die Entwicklung in ähnlichem Tempo fortsetzen. Dabei wird die Wettbewerbsfähigkeit einiger ostasiatischer Länder unter der Aufwertung ihrer Währungen leiden. Trotz Devisenmarktinterventionen scheinen sie sich immer weniger gegen eine Aufwertung wehren zu können. Vor allem der südkoreanische Won und der thailändische Baht mussten in den letzten Monaten gegenüber dem US-Dollar aufwerten. Südkorea dürfte auch deshalb in diesem Jahr keine Überschüsse in der Handelsbilanz mehr aufweisen.

Aufschwung in Japan dauert an

Die japanische Wirtschaft hat die lang andauernde Phase stagnierender Produktion bei rückläufiger Preisentwicklung überwunden. War die Erholung zunächst stark außenwirtschaftlich initiiert, so ist seit einiger Zeit die Binnennachfrage die stützende Kraft des Aufschwungs. In den letzten zwei Jahren sind die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen stark gestiegen; offensichtlich haben sich die Ertrags- und Absatzerwartungen sehr günstig entwickelt. Damit scheint auch die immer wieder geäußerte Furcht vor neuen Deflationstendenzen

bis auf weiteres beseitigt zu sein. Der Verbraucherpreisanstieg hat die Nulllinie überschritten, auch wenn die Kerninflationsrate ohne Berücksichtigung der Energie- und Lebensmittelpreise noch leicht negativ ist. Die Arbeitslosenquote ist auf das niedrigste Niveau seit 1998 gefallen; die Kapazitätsauslastung steigt weiter. Vor etwa einem Jahr hat die japanische Notenbank ihre Nullzinspolitik aufgegeben; allerdings ist der Leitzins bisher nur geringfügig positiv. In diesem Jahr ist allenfalls eine leichte Steigerung – um einen viertel Prozentpunkt – zu erwarten. Die Haushaltspolitik ist weiterhin auf Konsolidierung ausgerichtet. Steuerermäßigungen bei der Einkommensteuer wurden abgeschafft, die Beiträge zur Rentenversicherung erhöht und die öffentlichen Investitionen reduziert. Mit 175 % des Bruttoinlandsprodukts bleibt die Staatsschuld weiter sehr hoch.

Im Prognosezeitraum wird mit einem stetigen Wachstum gerechnet. Für die Jahre 2007 und 2008 werden jeweils etwa 2 % erwartet. Getragen wird das Wachstum von den binnenwirtschaftlichen Antriebskräften. Leicht anziehende Löhne und zunehmende Beschäftigung lassen den privaten Verbrauch wieder spürbar expandieren; die Investitionen werden sich lebhaft entwickeln. Die Inflationsrate wird noch unter einem Prozentpunkt verharren. Die Arbeitslosenquote sinkt auf etwas unter 4 %.

Russland: Weiterhin hohes Wirtschaftswachstum

Die russische Wirtschaft wuchs im Jahr 2006 mit 6 % recht kräftig. Allerdings hat sich das Tempo leicht abgeschwächt. Die Förderung von Erdöl stagnierte, auch weil im letzten Jahrzehnt nicht ausreichend in die Erschließung neuer Ölfelder investiert wurde. Dagegen expandiert die Förderung von Gas nach wie vor. Die Realeinkommen nahmen spürbar zu, so dass auch die privaten Konsumausgaben erheblich ausgeweitet wurden. Die Investitionen wachsen derzeit mit einer Rate von etwa 10 %. Im Jahresdurchschnitt 2006 hat sich die Inflationsrate von knapp 12 % auf rund 10 % verringert. Im Prognosezeitraum wird die Wirtschaft in nur wenig abgeschwächtem Tempo wachsen. Dabei wird die Arbeitslosigkeit auf 7 % zurückgehen.

Neue EU-Mitgliedsländer: Anhaltend hohe Wachstumsdynamik

Das reale Bruttoinlandsprodukt nimmt in den neuen Mitgliedsländern der EU nach wie vor kräftig zu; in Polen, der Slowakei und in Estland sind die Zuwachsraten noch gestiegen. In den meisten Ländern wird das Wachstum von der Binnennachfrage

Tabelle 2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern

	Gewichte in %		Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ² in %		
	BIP	Deutsche Ausfuhr	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						2006	2007	2008
			2006	2007	2008	2006	2007	2008			
Deutschland	20,6	–	2,3	1,7	2,5	1,8	2,5	1,5	8,2	7,8	7,5
Frankreich	15,6	15,8	2,1	2,4	2,0	1,9	1,5	1,7	9,3	8,6	8,4
Italien	13,0	10,7	1,8	1,3	1,8	2,2	1,7	1,6	7,0	7,2	7,3
Spanien	8,3	8,0	3,7	3,4	3,2	3,6	2,7	2,5	8,6	8,2	8,0
Niederlande	4,6	9,4	2,8	2,7	3,1	1,6	1,3	1,4	4,0	3,8	3,6
Belgien	2,7	8,7	3,0	2,5	2,6	2,3	1,9	1,9	8,5	8,3	8,1
Österreich	2,3	8,4	3,3	2,7	2,8	1,7	1,5	1,4	4,8	4,5	4,2
Griechenland	1,7	1,3	4,0	3,5	3,5	3,3	3,2	3,0	9,0	8,8	8,7
Finnland	1,4	1,6	5,6	3,0	3,2	1,2	1,3	1,2	7,9	7,7	7,6
Irland	1,5	1,0	5,5	4,5	4,0	2,7	2,3	2,1	4,4	4,2	4,2
Portugal	1,4	1,5	1,8	2,1	2,5	3,1	2,3	2,0	7,4	7,3	7,0
Slowenien	0,3	0,6	5,3	4,7	4,5	2,5	2,4	2,4	6,1	5,5	5,2
Luxemburg	0,3	0,8	4,0	3,6	3,7	3,0	2,0	1,8	4,8	4,8	4,6
Euroraum³	73,5	–	2,6	2,2	2,4	2,2	2,0	1,7	7,8	7,5	7,3
Euroraum ohne Deutschland	52,9	–	2,7	2,4	2,5	2,3	1,8	1,8	7,7	7,4	7,3
Euroraum ohne Deutschland ⁴	–	67,8	2,8	2,5	2,6	2,2	1,8	1,8	–	–	–
Großbritannien	16,2	12,2	2,5	2,5	2,3	2,1	1,9	1,9	4,8	4,8	4,7
Schweden	2,6	3,4	4,2	3,5	3,0	1,5	2,1	2,3	5,6	5,2	4,4
Dänemark	1,9	2,4	3,5	2,5	2,0	2,0	2,0	2,5	4,0	3,5	3,5
EU-16³	94,3	–	2,7	2,3	2,4	2,1	2,0	1,8	7,2	7,0	6,8
Polen	2,1	4,3	5,7	6,0	4,5	1,3	2,0	2,2	14,5	13,0	12,0
Tschechien	0,9	3,7	6,0	5,1	5,0	2,1	2,5	2,4	7,3	7,0	6,5
Ungarn	0,8	2,7	4,1	3,2	3,4	4,0	6,1	3,3	7,5	7,8	7,6
Rumänien	0,7	1,1	7,5	6,5	6,3	6,6	6,4	6,2	7,8	7,5	7,3
Slowakei	0,4	1,2	8,0	6,3	6,0	4,2	3,0	2,9	13,5	12,0	11,0
Bulgarien	0,2	0,4	6,5	6,0	5,8	7,2	5,2	5,1	8,6	8,0	7,5
Litauen	0,2	0,3	7,6	7,1	6,5	3,7	3,2	2,5	5,8	5,2	4,8
Zypern	0,1	0,1	3,7	3,5	3,5	2,3	2,0	1,8	5,2	5,0	5,0
Lettland	0,1	0,2	11,0	9,0	8,5	6,5	5,8	4,3	7,3	6,5	6,0
Estland	0,1	0,2	11,7	9,7	8,0	4,3	3,6	2,8	5,3	3,8	3,5
Malta	0,0	0,1	2,2	2,0	2,2	2,8	2,1	2,4	7,5	7,4	7,4
Neue EU-Mitgliedsländer³	5,7	–	6,1	5,6	5,0	3,1	3,5	3,1	10,3	9,5	8,9
EU-27³	100,0	–	2,9	2,5	2,6	2,2	2,1	1,9	7,8	7,4	7,2
<i>Nachrichtlich:</i>											
Insgesamt, exportgewichtet ⁴		100,0	3,3	3,0	2,9	2,3	2,0	2,0	–	–	–

¹ EU-16: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.² Standardisiert.³ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2005.⁴ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2005.

Quellen: OECD; Eurostat; Nationalstatistiken; Schätzungen und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

getragen. Vor allem in Polen ist eine ausgeprägte Investitionskonjunktur zu beobachten; im Jahr 2006 sind die Investitionen in Bauten und Ausrüstungen um mehr als 15 % expandiert. Hierbei spielen auch die Mittelzuflüsse aus EU-Fonds eine Rolle. Der Außenbeitrag ist trotz wachsender Exporte in den meisten Ländern negativ ausgefallen. Eine Ausnahme stellt Ungarn dar, wo die Binnennachfrage durch hohe Zinsen und die fiskalische Konsolidierung gedämpft wurde (Tabelle 2).

Die Wachstumsdynamik geht neuerlich mit einer Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt einher. Die

Arbeitslosenquoten sanken 2006 in allen Ländern, in Polen und Estland sogar um nahezu 3 Prozentpunkte; hierbei dürfte auch die Migration eine Rolle spielen.

Die Inflationsraten sind im Jahr 2006 meist stabil geblieben, auch wenn in mehreren Ländern die Raten nach wie vor jene im Euroraum übersteigen. In Ungarn hingegen hatten die Anhebungen indirekter Steuern und regulierter Preise einen Anstieg der Inflationsrate um 4 % zur Folge. Am aktuellen Rand konnte im Zuge des sinkenden Ölpreises in mehreren Ländern ein leichter Rückgang der Infla-

Kasten 2

Ökonomische Grundlagen eines EU-Beitritts der Türkei

Zum 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien neue Mitglieder der EU geworden. Als ein möglicher nächster Kandidat steht die Türkei im Zentrum der Diskussion. Gegen Ende der 90er Jahre war die ökonomische Situation der Türkei durch hohe Defizite in den öffentlichen Haushalten, eine wenig flexible Wirtschaft mit starkem Einfluss des öffentlichen Sektors, zunehmende Arbeitslosigkeit und hohe Inflationsraten geprägt. Seit dem Frühjahr 1999 hat die Regierung mit finanzieller Unterstützung des Internationalen Währungsfonds versucht, diese Probleme zu lösen. Dabei wurde ein fixer Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar installiert. Da der Reformprozess nur halbherzig war, nahm das Vertrauen in die türkische Währung rasch ab; der Wechselkurs des Türkischen Pfundes musste im Februar 2001 nach einer kräftigen Abwertung freigegeben werden.

Nach diesem Schock verlief der Reformprozess erfolgreicher: Der Saldo der Leistungsbilanz verbesserte sich, der Umbau im öffentlichen Sektor kam voran, und die Errichtung einer unabhängigen Zentralbank stärkte das Vertrauen in die Ernsthaftigkeit und Dauerhaftigkeit der wirtschaftspolitischen Anstrengungen. Hierzu trug auch bei, dass ein sozialer Konsens angestrebt wurde, der die Preis- und Lohnpolitik stärker in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung einbinden sollte. Problematisch war, dass sich die Leistungsbilanz nicht dauerhaft aktivieren ließ. Allerdings hat die Bedeutung der Türkei für internationale Investoren relativ abgenommen, denn die mittel- und osteuropäischen Länder sind im Vorfeld ihres EU-Beitritts für ausländische Direktinvestitionen attraktiver geworden.

Inzwischen hat sich die ökonomische Lage in der Türkei gebessert. Gegenüber dem Jahr 2000 ist die Wirtschaftsleistung um rund ein Drittel gewachsen. Der Anstieg der Verbraucherpreise lag 2006 bei 10 %. Die Defizitquote der öffentlichen Haushalte beläuft sich auf knapp 4 %.

Vergleicht man die Türkei mit den neuen Mitgliedern der EU, Rumänien und Bulgarien, so zeigt sich, dass das Wirtschaftswachstum im Durchschnitt der letzten zehn Jahre in der Türkei deutlich höher war – und zwar nicht nur in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, sondern auch in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts. Zudem liegt das Pro-Kopf-Einkommen heute mit rund 2 500 Euro weit über dem der beiden Vergleichsländer (1 800 Euro). Die Arbeitslosenquote ist nicht nennenswert höher als in Bulgarien und Rumänien. Das türkische Leistungsbilanzdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ist geringer als das derzeitige Defizit der neuen Mitgliedsländer.

Insgesamt stellt das Bild, das die Türkei aus wirtschaftlicher Perspektive bietet, diese ähnlich günstig dar wie die beiden neuen Mitgliedsländer. Zumindest aus ökonomischer Sicht scheint damit die mittelfristig angestrebte Annäherung an die EU nicht unrealistisch.

Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Türkei

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Bruttoinlandsprodukt, real	3,1	-4,7	7,4	-7,5	7,9	5,7	8,9	7,3	6,0	6,5	6,5
Inlandsnachfrage	1,1	-3,9	9,5	-15,9	9,1	8,7	12,9	8,4	6,5	6,4	5,9
Privater Konsum	0,3	-3,1	6,1	-9,2	1,8	7,2	10,5	9,1	7,7	7,0	5,4
Staatskonsum	7,8	6,5	7,1	-8,5	5,4	-2,4	0,4	2,4	11,1	5,9	3,9
Anlageinvestitionen	-3,8	-15,7	16,9	-31,5	-1,1	10,0	32,3	24,0	11,2	10,3	8,1
Exporte	11,9	-7,0	19,1	7,4	11,1	15,9	12,4	8,5	5,2	5,9	6,1
Importe	2,3	-3,6	25,3	-24,8	15,8	27,1	24,6	11,5	6,4	6,0	5,5
Erwerbstätige im Inland	2,7	2,1	-2,1	-0,2	-0,7	-0,9	3,0	1,4	1,6	1,9	1,3
Verbraucherpreise (HVPI)	81,5	61,0	53,1	56,7	47,1	25,1	10,1	8,1	10,1	8,5	6,0
In % des nominalen BIP											
Bruttoschuldenstand	50,1	65,8	57,3	105,1	93,0	85,1	76,8	69,5	69,3	66,1	63,2
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-12,9	-11,3	-5,7	-1,2	-3,6	-4,0	-3,3
Leistungsbilanzsaldo	-1,1	-2,5	-6,7	1,3	-2,4	-4,1	-6,2	-6,7	-6,5	-7,2	-7,2
In %											
Standardisierte Arbeitslosenquote	6,9	7,7	6,5	8,2	10,2	10,5	10,2	10,2	10,0	9,5	9,0
Kurzfristige Zinsen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Langfristige Zinsen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wechselkurs Euro/Landeswährung	0,293	0,447	0,574	1,102	1,439	1,694	1,777	1,677	1,808	1,962	2,044

Quellen: Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin; 2006 bis 2008: Schätzungen und Prognose.

DIW Berlin 2007

Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung in Bulgarien und Rumänien

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bulgarien											
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Bruttoinlandsprodukt, real	3,9	2,2	5,3	4,1	4,8	4,4	5,7	5,5	6,5	5,9	5,8
Inlandsnachfrage	13,9	9,0	6,9	7,1	3,7	8,7	7,0	10,2	8,1	7,5	7,9
Privater Konsum	2,7	9,5	4,3	5,1	3,5	6,3	4,7	7,7	5,9	6,5	6,9
Staatskonsum	11,5	4,9	11,6	1,3	4,1	7,5	6,4	3,5	2,4	2,9	3,0
Anlageinvestitionen	35,4	20,5	15,6	23,2	8,4	13,8	13,5	18,9	17,4	14,1	13,9
Exporte	-4,6	-4,9	16,5	10,0	7,1	7,9	12,9	7,2	12,5	11,2	11,0
Importe	12,1	9,2	18,5	14,8	4,9	15,3	14,1	14,5	13,4	11,5	11,7
Erwerbstätige im Inland	-0,1	-2,1	-3,4	-0,4	0,3	6,2	2,2	1,5	1,1	1,0	0,8
Verbraucherpreise (HVPI)	18,8	2,4	10,3	7,3	5,7	2,3	6,1	5,0	7,2	5,2	5,1
In % des nominalen BIP											
Bruttoschuldenstand	-	-	-	-	53,7	46	38,4	29,8	25,8	21,8	17,9
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-0,4	0,3	2,7	2,4	3,3	1,8	1,7
Leistungsbilanzsaldo	-0,2	-4,8	-5,5	-6,1	-2,4	-5,5	-5,8	-11,3	-13,9	-13,5	-12,4
In %											
Standardisierte Arbeitslosenquote	10,5	12,1	16,3	19,5	18,1	13,6	12,0	10,1	8,5	8,0	7,5
Kurzfristige Zinsen	5,9	5,9	4,6	5,1	4,9	3,6	3,3	2,9	-	-	-
Langfristige Zinsen	-	-	-	-	8,3	6,4	5,3	3,8	-	-	-
Wechselkurs Euro/Landeswährung	1,969	1,955	1,952	1,948	1,949	1,949	1,953	1,955	1,955	1,956	1,956
Rumänien											
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Bruttoinlandsprodukt, real	-4,7	-1,1	2,1	5,7	5,1	5,2	8,5	4,0	7,5	6,5	6,3
Inlandsnachfrage	-0,2	-3,6	4,2	8,3	4,0	8,3	12,1	8,2	10,3	8,3	7,3
Privater Konsum	1,0	-2,2	-0,5	7,1	5,1	8,5	14,1	9,6	11,4	9,1	7,4
Staatskonsum	1,8	-4,5	11,9	2,7	3,2	7,6	4,1	4,4	3,9	4,5	4,9
Anlageinvestitionen	-5,7	-4,8	5,4	10,1	8,2	8,5	10,7	13,0	9,9	10,4	9,0
Exporte	-1,7	10,4	23,4	12,1	17,4	8,3	13,8	7,5	14,6	10,6	12,1
Importe	11,2	-1,2	26,6	18,4	12,2	15,8	22,2	17,0	20,7	16,1	14,2
Erwerbstätige im Inland	-2,3	-4,4	2,4	-0,7	-2,7	-0,2	0,3	0,1	0,1	0,2	0,1
Verbraucherpreise (HVPI)	58,5	45,8	45,6	34,5	22,5	15,1	11,9	9,1	6,6	6,4	6,2
In % des nominalen BIP											
Bruttoschuldenstand	18	24	23,9	23,2	25	21,5	18,8	15,9	13,7	13,9	14,4
Finanzierungssaldo	-1,2	0,7	2,1	-2,1	-2	-1,5	-1,5	-1,5	-1,4	-2,6	-2,6
Leistungsbilanzsaldo	-7,3	-1,7	-4,1	-5,7	-1,1	-4,8	-12,7	-8,7	-10,3	-11,8	-13,3
In %											
Standardisierte Arbeitslosenquote	5,4	6,2	6,8	6,6	7,5	6,8	7,6	7,7	7,8	7,5	7,3
Kurzfristige Zinsen	69,5	79,6	50,7	41,3	27,3	17,7	19,1	8,4	-	-	-
Langfristige Zinsen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wechselkurs Euro/Landeswährung	0,998	1,634	1,992	2,600	3,126	3,755	4,050	3,620	3,535	3,656	3,842

Quellen: Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin; 2006 bis 2008: Schätzungen und Prognose.

DIW Berlin 2007

tionsraten beobachtet werden. Spürbar steigende Nahrungsmittelpreise haben jedoch – vor allem in den baltischen Staaten – einer durchgreifenden Rückführung der Inflationsraten entgegengewirkt. Die vergleichsweise niedrigen Inflationsraten in Polen und in der Tschechischen Republik sind auch auf eine nominale Aufwertung der Währungen zurückzuführen.

Im Prognosezeitraum bleibt die konjunkturelle Lage in den neuen Mitgliedsländern gut. Dies gilt auch für die zum Jahresbeginn der EU beigetretenen Länder Rumänien und Bulgarien (Kasten 2). In den neuen Mitgliedsländern wird das Wachstum im Prognosezeitraum im Zuge der leichten Abkühlung im Euro-

raum und sich verschlechternder Finanzierungsbedingungen etwas schwächer verlaufen; in Ungarn wird das fiskalische Sparpaket die konjunkturelle Dynamik vorübergehend ein wenig dämpfen. Die Inflationsraten werden sich im Verlauf dieses Jahres in den meisten Ländern leicht zurückbilden.

Euroraum: Leichte Abschwächung

Im Euroraum lag das Wirtschaftswachstum im Jahr 2006 bei 2,6%. Es hat sich in der zweiten Jahreshälfte leicht abgeschwächt. Im Jahresvergleich ergibt sich für den privaten Konsum eine Zuwachsrate von 2%. Sehr dynamisch entwickelten sich die

Tabelle 3

Entwicklung der Finanzierungssalden¹ der öffentlichen Haushalte in den Ländern des Euroraums

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	-2,8	-3,7	-4,0	-3,7	-3,2	-2,1	-1,2	-0,6
Frankreich	-1,5	-3,2	-4,2	-3,7	-2,9	-2,8	-2,6	-2,4
Italien	-3,1	-2,9	-3,5	-3,4	-4,1	-4,7	-3,0	-3,0
Spanien	-0,5	-0,3	0,0	-0,1	1,1	1,3	1,0	0,9
Niederlande	-0,2	-2,0	-3,1	-1,9	-0,3	-0,2	0,0	0,2
Belgien	0,6	0,0	0,0	0,0	-2,3	-0,2	-0,4	-0,4
Österreich	0,0	-0,5	-1,5	-1,1	-1,5	-1,3	-1,2	-1,0
Griechenland	-4,9	-5,1	-6,1	-7,8	-5,2	-2,8	-2,8	-2,6
Finnland	5,0	4,1	2,5	2,3	2,7	2,9	2,9	3,0
Irland	0,8	-0,4	0,2	1,5	1,1	1,2	0,9	0,5
Portugal	-4,3	-2,9	-2,9	-3,2	-6,0	-4,8	-4,2	-4,0
Slowenien	-3,9	-2,7	-2,8	-2,3	-1,4	-1,6	-1,5	-1,4
Luxemburg	6,1	2,1	0,3	-1,1	-1,0	-1,5	-0,5	-0,2
Euroraum²	-1,8	-2,5	-3,0	-2,8	-2,4	-2,0	-1,4	-1,2

1 In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts gemäß Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht.

2 Summe der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005.

Quellen: Eurostat, Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin; 2006 bis 2008: Schätzungen und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Ausrüstungsinvestitionen. Sowohl Ausfuhren als auch Einfuhren stiegen mit Raten von über 8%; das sind die höchsten Wachstumsraten seit dem Jahr 2000. Die Ausfuhrentwicklung spiegelt die gute Konjunktur im Welthandel wider, geht aber auch auf den wieder stärker steigenden Handel zwischen den Mitgliedsländern des Euroraums zurück.

Deutschland verzeichnet nunmehr eine Wachstumsrate, die knapp dem Durchschnitt entspricht. Spaniens unverändert hohe Wachstumsdynamik basiert auf der Entwicklung der Bauinvestitionen und der Ausweitung der Dienstleistungen. Gleichzeitig hat sich der negative Außenbeitrag im Jahresverlauf verringert.

Das wirtschaftliche Wachstum im Euroraum ging mit einer Ausweitung der Beschäftigung um über 1% einher. Die stärksten Zuwächse haben sich hierbei im Dienstleistungsbereich, insbesondere im Handel und bei den Finanzdienstleistungen, ergeben. Auch die Beschäftigung in der Bauwirtschaft wurde stetig ausgeweitet. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote verringerte sich im Jahresverlauf von 8,3% im Januar auf zuletzt 7,7%.

Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte ist die Inflationsrate deutlich gesunken. Der Preisrückgang beim Öl konnte bislang den Effekt der überdurchschnittlich ansteigenden Nahrungsmittelpreise überkompensieren. Zuletzt lag die Inflationsrate bei 1,6% und damit gleichauf mit der Kernrate. Löhne und Lohnstückkosten entwickelten sich äußerst moderat. Die nominalen Löhne je abhängig Beschäftigten sind im Jahresver-

lauf um weniger als 2% gestiegen, die Lohnstückkosten um weniger als ein halbes Prozent.

Im Jahr 2007 wird sich das Wachstum im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland zunächst leicht verringern. Die Konjunktur wird zudem von der Straffung der Geldpolitik der EZB und der konjunkturellen Abschwächung in den USA beeinflusst. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahresdurchschnitt um 2,2% – also etwas weniger stark als im Vorjahr – zunehmen. Im Jahr 2008 dürfte das Wachstum mit etwa 2,4% wieder leicht höher ausfallen, da dann diese dämpfenden Faktoren entfallen. Die Zahl der Beschäftigten dürfte weiter zunehmen und die Arbeitslosenquote sinken; in diesem Jahr wird sie bei 7,5% liegen. Die Inflationsrate wird zu Beginn dieses Jahres im Zusammenhang mit der Anhebung der Mehrwertsteuer in Deutschland zunächst anziehen. Die Raten werden sich jedoch rasch wieder zurückbilden. Für den Jahresdurchschnitt 2007 wird ein Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) um 2% erwartet, für das Folgejahr 1,7%.

Öffentliche Haushalte im Euroraum

Das Defizit der öffentlichen Haushalte hat sich in 2006 im Euroraum infolge der anziehenden Konjunktur deutlich verringert. Nennenswert war die Rückführung in Deutschland, während sich in Italien das Haushaltsdefizit gemessen am Bruttoinlandsprodukt noch einmal spürbar erhöht hat. In diesem und im nächsten Jahr wird sich das Defizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in den meisten Ländern weiter verringern. Bei Realisierung der Haushaltsplanungen würde dann Italien das Maastricht-Kriterium gerade wieder einhalten, Portugal allerdings noch nicht. Für den Euroraum insgesamt errechnet sich nach 2,0% im Vorjahr in diesem Jahr eine Defizitquote von 1,4% und etwa 1,2% im nächsten (Tabelle 3).

Großbritannien wieder auf Wachstumskurs

In Großbritannien hat sich im vergangenen Jahr der gesamtwirtschaftliche Produktionsanstieg wieder beschleunigt. Mit einer Rate von 2,5% wurde der längerfristige Wachstumspfad erreicht. Gestützt wurde dies nicht nur vom privaten Verbrauch und den Bruttoanlageinvestitionen, sondern auch von den Exporten. Allerdings wurde das Defizit im Außenhandel nicht spürbar verringert; die Importe wurden kräftig ausgeweitet. Bei weiterhin relativ moderaten Lohnsteigerungen und einer Aufwertung des britischen Pfund hat sich die Inflationsrate (HVPI) mit 2,1% – trotz des Energiepreisanstiegs –

nur wenig beschleunigt. Die Arbeitslosenquote lag wieder deutlich unter 5 %.

Auch in Großbritannien ist im Prognosezeitraum mit einer Fortsetzung der guten Konjunktur zu rechnen. Dabei bleiben die internen Auftriebskräfte stark. Die Preisauftriebstendenzen im Immobiliensektor haben sich deutlich verlangsamt, und die Inflationsrate dürfte abermals leicht zurückgehen. Die Bank

von England, die ihren Leitzins zuletzt im August 2006 auf 4,75 % angehoben hat und ihre Politik im Unterschied zur EZB weniger stark an der Geldmengenentwicklung orientiert, dürfte ihren Kurs in diesem Jahr allenfalls geringfügig verschärfen. Mit der guten Konjunktur entspannt sich die Lage der öffentlichen Haushalte weiter. Insgesamt wird ein Wirtschaftswachstum für dieses und nächstes Jahr um jeweils 2,5 % prognostiziert.

2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Binnennachfrage nur vorübergehend durch Erhöhung der Mehrwertsteuer beeinträchtigt

Im abgelaufenen Jahr haben sich die Anzeichen verstärkt, dass der konjunkturelle Auftrieb in Deutschland an Nachhaltigkeit gewinnt. Bei weiterhin kräftig steigenden Exporten hat die Nachfrage aus dem Inland spürbar angezogen. Die exportgetriebenen Gewinnsteigerungen ebenso wie ein aufgestauter Modernisierungsbedarf haben sich in vermehrten Anlageinvestitionen niedergeschlagen; selbst die Bauinvestitionen sind nach langer Durststrecke aufwärtsgerichtet. Begünstigt wurde die Investitionstätigkeit durch die Politik der Lohnzurückhaltung, aber auch durch Maßnahmen der Bundesregierung, wie die befristete Verbesserung der Abschreibungsbedingungen. Erstmals hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wieder zugenommen, so dass trotz moderater Tarifabschlüsse die Realeinkommen steigen. Alles in allem scheinen die Bedingungen dafür, dass sich der Aufschwung fortsetzt, günstig. Allerdings steht eine kräftige Erhöhung der Mehrwertsteuer ins Haus, die die Entwicklung im Jahr 2007 vorübergehend hemmt.

Trotz dieser Belastung wird die deutsche Volkswirtschaft ihre Expansion in den Jahren 2007 und 2008 fortsetzen. Nach einem Zuwachs von 2,3 % im abgelaufenen Jahr sind – unbereinigt – Wachstumsraten von 1,7 % (2007) und 2,5 % (2008) zu erwarten (Tabelle 4). Die stark schwankende Zahl

der Arbeitstage in beiden Jahren verzerrt das Konjunkturbild. Bereinigt um diesen Effekt ergeben sich Raten von 1,9 % und 2,1 % (nach 2,5 % im Jahr 2006). Ohne die Nachfrageausfälle, die von der Finanzpolitik verursacht werden, wäre im laufenden Jahr (kalenderbereinigt) ein Wachstum auf Vorjahresniveau erreichbar. Die Prognose fußt auf der Annahme, dass sich die übrigen Rahmenbedingungen nur wenig ändern (Kasten 3).

Im abgelaufenen Jahr hat die Binnennachfrage deutlich stärker zum Aufschwung beigetragen als die Jahre zuvor. Hierbei spielte neben der kräftigen Expansion der Anlageinvestitionen nach fünfjähriger Flaute auch der private Verbrauch erstmals wieder eine merklich positive Rolle. Im Jahr 2007 wird sich diese Entwicklung allerdings aufgrund stagnierender privater Konsumausgaben nicht fortsetzen. Erst 2008 dürften die Binnenkomponenten – gestützt durch eine sich weiter verbessernde Beschäftigungslage – wieder die gesamtwirtschaftliche Nachfrage beleben. Alles in allem sind aber die konjunkturellen Auftriebskräfte so robust, dass die dämpfenden Effekte der Finanzpolitik nur vorübergehend das Wachstumstempo der Volkswirtschaft beeinträchtigen.

Privater Konsum 2008 wieder Konjunkturstütze

Nach Jahren lediglich geringfügig steigender oder gar schrumpfender realer Konsumausgaben der

Tabelle 4

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-0,2	1,2	0,9	2,3	1,7	2,5
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	38 724	38 875	38 823	39 051	39 310	39 590
Arbeitslose (1 000 Personen)	4 377	4 381	4 861	4 520	4 258	3 980
Arbeitslosenquote ² (in %)	10,2	10,1	11,2	10,4	9,8	9,1
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,1	1,6	2,0	1,7	2,2	1,5
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	-0,4	-1,1	-1,1	0,4	0,8
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Mrd. Euro	-86,9	-82,5	-72,4	-48,9	-27,9	-15,0
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-4,0	-3,7	-3,2	-2,1	-1,2	-0,6
Leistungsbilanzsaldo (in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	1,9	3,7	4,3	3,9	4,6	4,7

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

3 Verbraucherpreisindex (2000 = 100).

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2006 bis 2008: Schätzungen und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Annahmen der Prognose

Die wichtigsten Annahmen der vorliegenden Prognose lauten:

- Die EZB erhöht den Leitzins im Verlauf des Jahres 2007 bis auf 4 %. Danach bleibt das Zinsniveau bis zum Ende des Prognosezeitraums unverändert.
- Der Ölpreis (Nordsee Brent) bewegt sich im Prognosezeitraum um 60 US-Dollar/Barrel.
- Der Euro wertet leicht gegenüber dem US-Dollar auf. Dabei wird Ende 2008 ein Kurs von 1,40 US-Dollar/Euro erreicht.
- Der Welthandel expandiert im laufenden Jahr um 8 %; für 2008 wird eine Rate von 7 % unterstellt.
- Die Effektivlöhne steigen in diesem Jahr um 1,6 % und um 2,6 % im nächsten Jahr.

privaten Haushalte war 2006 ein Zuwachs von gut 1 % zu verzeichnen. Dies war jedoch zu einem Teil darauf zurückzuführen, dass zur Umgehung der seit Jahresbeginn angehobenen Mehrwertsteuer Käufe vorgezogen worden sind; ihr Volumen dürfte mit real etwa 4 Mrd. Euro zu veranschlagen sein. In diesem Jahr fehlt diese Nachfrage; zudem wird die Kaufkraft der privaten Haushalte durch die Mehrwertsteuererhöhung (einschließlich Versicherungsteuer) und andere finanzpolitische Maßnahmen gedämpft.² Insgesamt dürfte sich der Entzugseffekt der Finanzpolitik auf etwa 20 Mrd. Euro belaufen. Dies trägt dazu bei, dass die privaten Konsumausgaben auf Vorjahresniveau stagnieren. Die für die private Konsumnachfrage relevanten Auftriebskräfte, nämlich die Beschäftigungszunahme und das Wachstum der verfügbaren Einkommen, kommen erst im kommenden Jahr wieder zum Tragen. Dann wird der private Verbrauch zur wichtigsten Triebkraft des Wachstums (Abbildung).³ In dieser Prognose ist unterstellt, dass die privaten Haushalte ihre Sparquote aufgrund der insgesamt günstigen konjunkturellen Entwicklung leicht absenken.

Der Staatsverbrauch bleibt, nach einem realen Zuwachs von 0,7 % im abgelaufenen Jahr, in diesem und im kommenden Jahr (Anstieg um 1,5 % bzw. 2,3 %) nur leicht hinter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum zurück. Hierzu trägt der Stellenabbau im öffentlichen Dienst bei; dem stehen steigende Ausgaben der Krankenkassen gegenüber.

Investitionstätigkeit schwächt sich etwas ab

Die Investitionstätigkeit war 2006 mit einer Wachstumsrate von 5 % und einem Wachstumsbeitrag von 0,9 Prozentpunkten eine wichtige Stütze der deutschen Konjunktur. Mit Raten von 3 % und 4 % wird sich das Wachstum der Investitionen im Prognose-

zeitraum etwas abflachen. Besonders dynamisch haben sich die Ausrüstungsinvestitionen mit einem Plus von 7,8 % entwickelt. Sie bleiben im laufenden und im kommenden Jahr mit Raten von 4,7 % und 6,2 % weiterhin deutlich aufwärts gerichtet. Aufgestauter Modernisierungsbedarf sowie zunehmend ausgelastete Sachkapazitäten sind hierfür wichtige Einflussfaktoren. Eine Rolle spielt das Auslaufen der Abschreibungsvergünstigungen zum Jahreswechsel 2007/2008; es wird wohl mit fühlbaren Vorzieheffekten verbunden sein.

Die Bauinvestitionen waren 2006 erstmals seit sechs Jahren nicht mehr rückläufig, sondern haben mit einem Wachstum von 2,8 % zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen. Dabei haben im Wohnungsbau Sondereffekte, wie die ausgelaufene Eigenheimförderung und die Mehrwertsteuererhöhung zum Jahreswechsel, beigetragen. Demgegenüber hat der Wirtschaftsbau insbesondere von Erweiterungsinvestitionen profitiert. Im Prognosezeitraum kommen mit Wachstumsraten von 1,4 % (2007) und 2 % (2008) abgeschwächte Impulse aus diesem Bereich. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen zeichnet sich nach langer Zeit eine positive Entwicklung ab, da sich die Finanzlage der Gemeinden spürbar verbessert hat und diese nunmehr bisher aufgeschobene Projekte realisieren können.

² Niedrigeren Beitragssätzen zur Arbeitslosenversicherung stehen höhere Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung gegenüber; zudem werden steuerliche Vergünstigungen (Sparerfreibetrag, Entfernungspauschale, Eigenheimzulage) weiter abgebaut, Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen und Sonderzahlungen verringert.

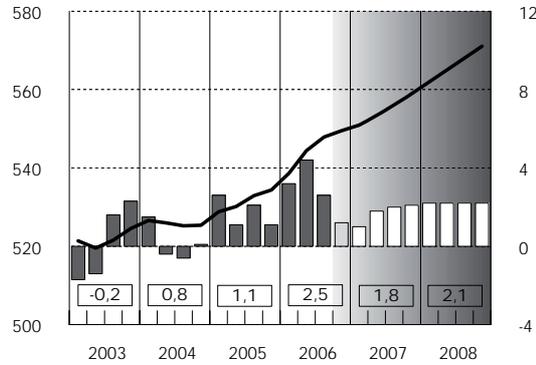
³ Abweichend von der bisherigen Darstellung ist das DIW Berlin nunmehr dazu übergegangen, in der Abbildung kalenderbereinigte Jahreswachstumsraten auszuweisen. Die Jahreswachstumsraten der Ursprungswerte finden sich wie gewohnt im Tabellenanhang zu den wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Abbildung

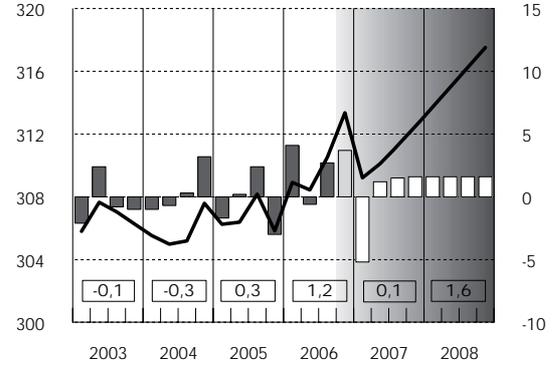
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

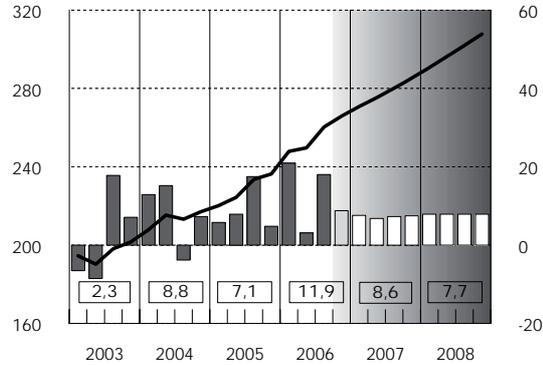
Bruttoinlandsprodukt



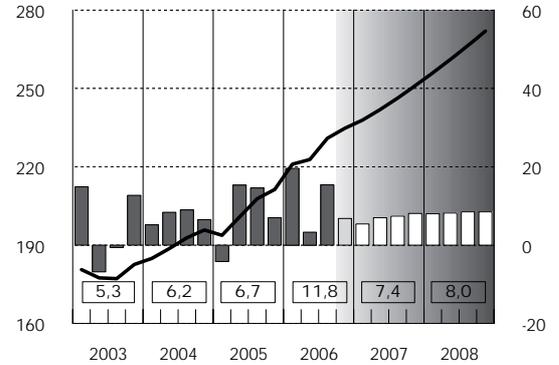
Konsumausgaben der privaten Haushalte



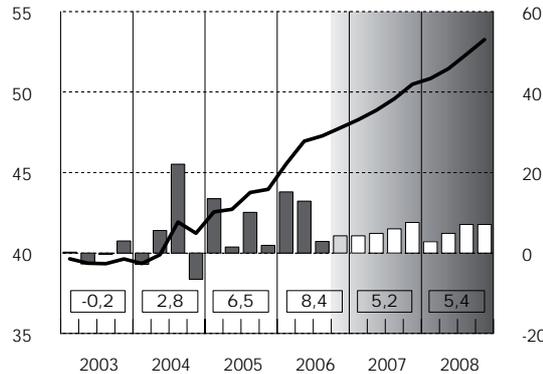
Exporte



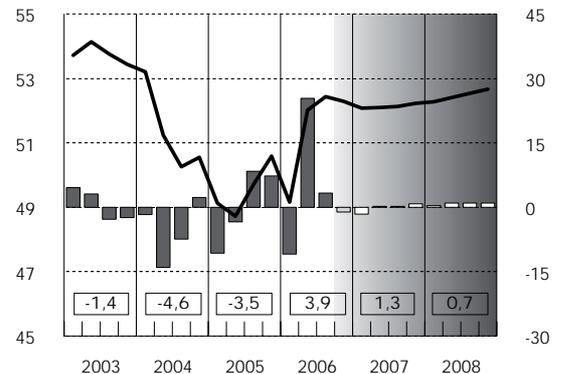
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Mrd. Euro (linke Skala)

■ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala)

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Schätzung	Prognose	Tendenz
------------	----------	---------

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Außenhandel weiter dynamisch

Mit 11,6% war das Wachstum der deutschen Exporte im Jahr 2006 noch dynamischer als im Jahr zuvor. Zwar wird das sich leicht abkühlende weltwirtschaftliche Klima die Expansionsmöglichkeiten der deutschen Exportwirtschaft einengen, doch sind aufgrund der weiterhin großen preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure hohe Steigerungsraten – von gut 8% pro Jahr – zu erwarten. Im Zuge der spürbaren Belebung der inländischen Nachfrage sind auch die Importe deutlich erhöht worden (11,4%). Dies ist der bisher höchste Jahresanstieg im vereinten Deutschland. Im Prognosezeitraum spiegelt die Importtätigkeit mit Zuwachsraten von 7,2% (2007) und 8,4% (2008) die weiterhin aufwärtsgerichtete Produktionstätigkeit in Deutschland wider. Aus dem Gleichlauf zum ähnlich starken Exportwachstum ergibt sich jedoch kein Beleg für die mit der Basar-These verbundene Befürchtung einer rückläufigen Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes Deutschland. Im internationalen Vergleich wird die Wertschöpfungsintensität deutscher Exporte nicht überdurchschnittlich durch zunehmende Vorleistungsimporte ausgehöhlt.⁴

Preisentwicklung im Zeichen der Mehrwertsteuererhöhung

Die Kerninflationsrate liegt derzeit bei ungefähr 1,5% pro Jahr. Von der Lohnentwicklung geht gegenwärtig kein Druck auf die Preise aus, die Lohnstückkosten sind stabil und im Durchschnitt der Wirtschaftssektoren sogar leicht rückläufig. Für 2007 ist im Zuge der Anhebung der Mehrwertsteuer ein vorübergehender Sprung der Inflationsrate auf über 2% zu erwarten. Ungefähr 60% der Konsumausgaben entfallen auf Güter, für die nun der reguläre Mehrwertsteuersatz von 19% gilt.⁵ Das Statistische Bundesamt geht von einer Beschleunigung der Inflationsrate um bis zu 1,4 Prozentpunkte aus. Allerdings wird sich dieser rein rechnerische Effekt nicht vollständig umsetzen. So sinkt die Belastung der Arbeitgeber durch Lohnnebenkosten, was für sich genommen preisdämpfend wirkt. Darüber hinaus haben einige Unternehmen Preiserhöhungen schon im Laufe des Jahres 2006 vorweggenommen. Andere Unternehmen werden zu Lasten ihrer Gewinne versuchen, durch konstante Preise Marktanteile zu erobern.

Der Anstieg der Inflationsrate ist nur temporär, wenn Zweitrundeneffekte ausbleiben. In der Prognose ist unterstellt, dass es zu keinen zusätzlichen Lohnforderungen infolge der höheren Mehrwertsteuer kommt, um den Kaufkraftverlust auszugleichen. Die EZB würde auf eine solche Entwicklung schon bald mit Zinserhöhungen reagieren. Auch wird die leich-

te Aufwertung des Euro Preisauftriebstendenzen entgegenwirken.

Lichtblicke auf dem Arbeitsmarkt

Der Konjunkturaufschwung hat sich bereits im vergangenen Jahr positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Erstmals seit 2001 wächst die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wieder. Zugenommen hat zwar auch der Kreis derjenigen Personen, die lediglich einen Mini-Job ausüben, doch haben sich die Zuwachsraten immer mehr abgeflacht. Das kann auch daran liegen, dass die von den Arbeitgebern für Mini-Jobs zu zahlenden Sozialbeiträge zur Jahresmitte erhöht wurden und nunmehr Midi-Jobs, die als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gelten, relativ attraktiver geworden sind.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen haben insgesamt wenig zum Beschäftigungsaufbau beigetragen. Vermehrt in Anspruch genommen wurden Einstellungszuschüsse; die Zahl der geförderten Personen ist allerdings nicht besonders groß. Auf hohem Niveau etwas zurückgegangen sind die subventionierten Existenzgründungen. Die Zahl der 1-Euro-Jobs hat stagniert. Die Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse in diesem Bereich sind wohl weitgehend ausgereizt, nicht zuletzt deshalb, weil sie nicht anstelle von regulärer Arbeit angeboten werden dürfen.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen fällt die Entwicklung der Beschäftigung durchaus unterschiedlich aus. Bei den Finanzdienstleistungen hat sich der Stellenabbau fortgesetzt – allerdings mit verringertem Tempo. In der Bauwirtschaft ist die viele Jahre dauernde Krise anscheinend überwunden; die Beschäftigung nimmt nicht weiter ab, und es werden vermehrt offene Stellen ausgewiesen. Auch im verarbeitenden Gewerbe und im Handel hat sich der Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht fortgesetzt. Leichte Zuwächse gibt es im Gastgewerbe und im Gesundheits- und Sozialwesen; kräftig aufgestockt wurden die Belegschaften im Verkehrssektor und in der Nachrichtenübermittlung sowie insbesondere bei den unternehmensnahen Dienstleistungen. Hier expandierte vor allem die Arbeitnehmerüberlassung. Damit setzt sich der seit Jahren andauernde starke

⁴ Vgl. Schrooten, M., König, P.: Exportnation Deutschland – Zukunftsfähigkeit sichern. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 41/2006.

⁵ Bestimmte Dienstleistungen (z. B. im Gesundheitswesen) und Wohnungsmieten werden nicht besteuert, während etwa 15% der Konsumausgaben dem ermäßigten – und von der Erhöhung ausgenommenen – Satz von 7% unterliegen (z. B. Lebensmittel, Bücher).

Trend hin zur Leiharbeit fort, die von Firmen als ein sehr flexibles Instrument genutzt wird.

Noch stärker als die Beschäftigung im letzten Jahr zugenommen hat, nahm die Arbeitslosigkeit ab. Das ist ungewöhnlich, denn in einem konjunkturellen Aufschwung drängen in der Regel Personen aus der stillen Reserve auf den Arbeitsmarkt, so dass die Zahl der registrierten Arbeitslosen nicht so stark sinkt, wie die der Beschäftigten wächst. Offenbar scheinen die Arbeitsagenturen mehr als früher zu prüfen, ob gemeldete Arbeitslose tatsächlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Verringert hat sich insbesondere die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld I. Bei den Langzeitarbeitslosen, also denjenigen Erwerbslosen, die Arbeitslosengeld II erhalten, kam es ebenfalls zu einem – wenn auch nur leichten – Rückgang. Inzwischen ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen auf die Hälfte aller Arbeitslosen gewachsen.⁶ Dies allein sollte aber nicht schon als Misserfolg der Arbeitsmarktreformen – insbesondere von Hartz IV – gewertet werden, die auf den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit gerichtet sind. Denn in Phasen steigender Arbeitsnachfrage war schon immer zu beobachten, dass es Langzeitarbeitslosen infolge des Verlusts an Humankapital besonders schwer fällt, eine Stelle zu finden.

In diesem Jahr dürfte sich die Ausweitung der Beschäftigung fortsetzen; darauf deutet auch der bis zuletzt unverminderte Zuwachs bei den offenen Stellen hin. Darin wird ebenfalls sichtbar, dass es in einigen Branchen zunehmend Probleme gibt, Vakanz zu besetzen. Angesichts des etwas gebremsten Produktionswachstums wird die Zahl der Erwerbstätigen im Verlauf des Jahres 2007 mit leicht geringerem Tempo als 2006 zunehmen. Infolge der robusten Konjunktur wird für 2008 mit einer weiteren Zunahme der Zahl der Beschäftigten gerechnet.

Staatshaushalt: Drastische Verringerung der Defizite

Im vergangenen Jahr hat sich der kräftige Rückgang der öffentlichen Defizite fortgesetzt. Der Fehlbetrag im Staatshaushalt hat sich von 73 Mrd. Euro auf 49 Mrd. Euro verringert, die Defizitquote ist auf 2,1 % gesunken. Während der Anstieg der Ausgaben mit knapp 1 % abermals sehr moderat ausfiel, legten die Einnahmen um reichlich 3 % zu. Vor allem die gewinnabhängigen Steuern trugen zu dem hohen Zuwachs bei, sie expandierten um fast 30%. Damit hat sich ihr Aufkommen wieder normalisiert, nachdem in den Jahren nach der Steuerreform 2001 insbesondere die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer weggebrochen waren. In der

Expansion schlägt sich vor allem die äußerst günstige Gewinnentwicklung der Unternehmen nieder, die zu hohen Vorauszahlungen führt. Doch auch die Lohnsteuer und die Steuern vom Umsatz haben in den letzten Monaten des Jahres infolge der besseren Einkommensentwicklung stärker zugenommen, als noch im Sommer erwartet worden war.

Für dieses Jahr kann mit einem weiteren deutlichen Rückgang des Staatsdefizits gerechnet werden. Das DIW Berlin schätzt den Fehlbetrag unter den prognostizierten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf nur noch 28 Mrd. Euro; das sind 1,2 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Während die Einnahmen des Staates um 3,1 % steigen dürften, werden die Ausgaben kaum stärker als im Vorjahr zunehmen. Allerdings sind in dieser Rechnung nicht die Körperschaftsteuererstattungen an ausländische Anteilseigner berücksichtigt, die einem Urteil des Europäischen Gerichtshof zufolge gezahlt werden müssen; hierbei handelt es sich um eine Größenordnung von rund 8 Mrd. Euro.

Anhaltend kräftig werden die Steuereinnahmen expandieren (6,3 %). Dabei ist der hohe Zuwachs in erster Linie auf die Erhöhung der Mehrwert- und der Versicherungssteuersätze von jeweils 16 % auf 19 % zurückzuführen; allein dadurch sind Mehreinnahmen von 24 Mrd. Euro zu erwarten. Doch auch die Lohneinkommen werden konjunkturbedingt wachsen, und der Progressionseffekt kommt voll zum Tragen; hinzu treten Mehreinnahmen infolge der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Die Dynamik der gewinnabhängigen Steuern wird erheblich nachlassen, da zum einen das Moratorium für die Nutzung von Körperschaftsteuerguthaben ausläuft und deshalb in größerem Umfang wieder Erstattungen gezahlt werden; zum anderen waren für die Jahre 2006 und 2007 die Abschreibungsbedingungen verbessert worden, was sich nunmehr in der Kasse negativ auswirkt. Relativ schwach werden die Sozialbeiträge steigen, weil die Beitragssätze per Saldo sinken: Dem Anstieg der Sätze für die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung um insgesamt knapp einen Prozentpunkt steht eine Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um über 2 Prozentpunkte gegenüber; in der Summe dürften die Beitragseinnahmen um 0,7 % zurückgehen.

Auch 2007 werden die Ausgabenansätze knapp gehalten. Der Stellenabbau im öffentlichen Dienst wird fortgesetzt, Löhne und Gehälter stagnieren.

⁶ Der Anteil der Bezieher von Arbeitslosengeld II an allen registrierten Arbeitslosen betrug nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im November 2006 43 %. Zu berücksichtigen sind weiterhin diejenigen Bezieher von Arbeitslosengeld I, die wegen ihres Alters diese Unterstützungsleistung länger als ein Jahr erhalten.

Die Rentenausgaben dürften kaum zunehmen; zwar steigen die Bruttoeinkommen und auch die Zahl der Rentner, doch wird dieser Effekt bei der Berechnung der Rentenanpassung vor allem durch den Nachhaltigkeitsfaktor kompensiert. Zu Einsparungen dürfte es beim Arbeitslosengeld II kommen, da die Anspruchsvoraussetzungen verschärft worden sind. Unter anderem dämpfen verminderte Subventionen für den Kohlebergbau, geringere Ausgaben für die Eigenheimzulage und niedrigere Investitionszuschüsse die Entwicklung der Staatsausgaben. Infolge der verringerten Kreditaufnahme nehmen die Zinsausgaben nur mäßig zu. Relativ kräftig expandieren indes die Ausgaben der Krankenversicherungen. Bei den Investitionen des Staates war es bereits im Vorjahr zu einer Trendwende gekommen. Die hohen Zuwächse bei der Gewerbesteuer verbessern die Finanzlage der Gemeinden weiterhin, so dass diese ihre Investitionsausgaben aufstocken dürften.

Im Jahr 2008 wird das Staatsdefizit weiter merklich zurückgehen. Nach der hier vorgelegten Schätzung dürfte es nur noch 15 Mrd. Euro betragen; dies entspricht etwa 0,6 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Einem Anstieg der Einnahmen um 3,3 %

steht ein Zuwachs bei den Staatsausgaben um knapp 2 % gegenüber. Die Steuereinnahmen werden progressionsbedingt etwas stärker als das nominale Bruttoinlandsprodukt steigen, und bei den Sozialbeiträgen wird infolge der guten Konjunktur ebenfalls mit einer Beschleunigung gerechnet. Zwar werden auch die Staatsausgaben voraussichtlich rascher als in den Jahren zuvor expandieren, dennoch entwickeln sie sich langsamer als die Gesamtwirtschaft. Die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst dürften schwächer als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ausfallen, und die Zahl der Beschäftigten wird wohl nicht steigen; allerdings ist auch kein weiterer Rückgang wie in den Jahren zuvor unterstellt. Die monetären Sozialleistungen werden moderat zunehmen, da die Renteneinkommen abermals stagnieren und die Arbeitsmarktausgaben leicht sinken. Die bessere Finanzlage wird höhere Investitionsausgaben des Staates nach sich ziehen.

Der rasche Abbau der Staatsdefizite ist jedoch mit beträchtlichen restriktiven Nachfrageimpulsen für die Gesamtwirtschaft verbunden. In diesem Jahr schlägt der negative Impuls mit rund 1 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts zu Buche, 2008 wird es ein halbes Prozent sein.

3. Zur Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief im vergangenen Jahr deutlich besser, als vor Jahresfrist prognostiziert worden war. Das Wachstum der Weltwirtschaft hat die Ölpreiserhöhungen weitgehend unbeschadet verkräftet, die Vereinigten Staaten sind länger als erwartet Motor der Weltnachfrage geblieben, und die Anstrengungen der deutschen Wirtschaft, ihre internationale Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen, haben sich bezahlt gemacht. Einen hierfür entscheidenden Beitrag hat die moderate Entwicklung der Effektivlöhne seit Anfang der Dekade geliefert. Im Bausektor, bei den Investitionen und auf dem Arbeitsmarkt wurde die Talsohle durchschritten.

Die Politik hat den Aufschwung nur teilweise mitgestaltet. Sie hat mit einigen Maßnahmen (vor allem befristeten Sonderabschreibungen) versucht, zum Aufschwung beizutragen. Der Verzicht auf zusätzliche Sparaktionen im Vorjahr war ein bewußter (und richtiger) Schritt, ihn nicht frühzeitig zum Erliegen zu bringen. Die Mehrwertsteuererhöhung gehört freilich nicht dazu.

Das DIW Berlin hat in den letzten Jahren wiederholt die Empfehlung ausgesprochen, einem Maßnahmenpaket zur Förderung des nachhaltigen Wachstums die erste Priorität einzuräumen und die Budgetkonsolidierung als davon abgeleiteten endogenen Prozess anzusehen. Tatsächlich sind lehrbuchmäßig die Defizite mit dem 2005 einsetzenden Aufschwung rasch gesunken. Die Geldpolitik hat bis Ende 2005 in Deutschland sehr niedrige Nominalzinsen ermöglicht; in der Zwischenzeit wurden sie zwar angehoben, aber nur moderat. Mit Verzögerung hat die Arbeitsmarktreform der Agenda 2010 gewirkt.

Selbst wenn der Aufschwung nun stärker ausfällt als erwartet, bleibt als zentrale Aufgabe die Stärkung des Wachstums. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Investitionen in Ausbildung, Forschung und Infrastruktur.

Die moderate Entwicklung der Arbeitskosten hat zum Aufschwung beigetragen, indem die Exporte überaus kräftig ausgedehnt werden konnten. Endlich ist von den Exporten auch ein Funke auf die Binnennachfrage, vornehmlich die Investitionstätigkeit, übersprungen. Nunmehr stellt sich die Frage, ob nicht die Zeit gekommen ist, wieder höhere Tarifabschlüsse anzustreben. Unter Umständen könnte sich dann sogar die Binnennachfrage stärker entwickeln. Zweifelsohne ergibt sich nach der notwendigen Korrektur der vergangenen Jahre mehr Spielraum für eine Tarifierhöhung in der Grö-

ßenordnung der Produktivitätszuwächse plus dem Kerninflationsausgleich.

Vor dem Hintergrund stark expandierender Gewinne wird gegenwärtig die Frage diskutiert, ob die Arbeitnehmer in nennenswertem Umfang an der gesamtwirtschaftlichen Kapitalbildung beteiligt werden sollen. Investivlöhne sollen mehr Flexibilität und Leistungsanreize schaffen, sind jedoch mit einer Reihe von Problemen verbunden. Sinnvoller ist hingegen eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer (Kasten 4). Damit könnten auf betrieblicher Ebene die Arbeitskosten flexibler gestaltet werden und über den Zyklus hinweg die Einkommen der Beschäftigten im Vergleich zur gegenwärtigen Lohnstruktur steigen.

Geldpolitik: Weitere Zinserhöhungen zu befürchten

Die EZB hat im Dezember 2006 ihren Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf 3,5 % erhöht. Damit liegt der kurzfristige Zins auf dem höchsten Niveau seit fünf Jahren. Da die mit dem HVPI gemessene Jahresinflationsrate in den ersten zehn Monaten 2006 bei 1,8 % und die Kerninflationsrate sogar noch um 0,4 Prozentpunkte niedriger lag, ist der reale kurzfristige Zins auf etwa 2 % gestiegen und dürfte nun in der Nähe seines neutralen Niveaus liegen. Auch die Rendite von zehnjährigen Staatsanleihen hat nominal auf 3,8 % angezogen. Trotz der leicht steigenden Zinssätze war der Zuwachs der Geldmenge M3 mit durchschnittlich 8,3 % gegenüber dem Vorjahr in den ersten zehn Monaten des Jahres 2006 weiterhin hoch.

Angesichts der relativ starken Konjunktur im Euroraum hat die EZB angedeutet, dass sie den Leitzinssatz noch weiter erhöhen wird. Zudem dürfte die Inflationsrate gemessen am HVPI in diesem Jahr wegen der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland das Inflationsziel von knapp unter 2 % geringfügig überschreiten.⁷ Das DIW Berlin erwartet, dass der Leitzins (Hauptrefinanzierungssatz) am Ende des Jahres 2007 bei 4,0 % liegen wird. Diese Zinsschritte sind allerdings nicht zwingend erforderlich, weil die Inflationserwartungen weiterhin stabil bei 2,0 % liegen und eine Notenbank nicht auf einmalige Preiserhöhungen reagieren sollte. Hinzu kommt,

⁷ Hierbei ist zu beachten, dass der HVPI keine mehrwertsteuerbefreiten Wohnungsmieten enthält, so dass der nach diesem Index gemessene Preisauftrieb im Jahr 2007 um etwa einen Viertelprozentpunkt höher ausfällt als dies bei Berücksichtigung der Ausgaben für Wohnungsmieten der Fall wäre.

Investivlöhne oder Gewinnbeteiligung?

Investivlohnkonzept mit gravierenden Mängeln behaftet

Der entscheidende Vorteil von Investivlöhnen wird darin gesehen, dass Gewinne – sei es durch Ausweitung des Aktienkapitals oder über einen betriebsinternen Fonds, in dem Arbeitnehmeranteile verwaltet würden – im Unternehmen verbleiben und für investive Zwecke genutzt werden können. Darüber hinaus verspricht man sich von einer Mitbeteiligung am Unternehmenserfolg eine Erhöhung der Motivation der Beschäftigten.

Das DIW Berlin steht dem Investivlohnkonzept kritisch gegenüber. Das zentrale Argument gegen die steuerliche Förderung von Investivlöhnen betrifft die mit einer Beteiligung der Arbeitnehmer einhergehende Erhöhung von Risiken, gegen die kaum eine Absicherung möglich ist. Bereits jetzt tragen Arbeitnehmer das ständige Risiko des Arbeitsplatzverlustes ebenso wie das Risiko, dass ihr betriebspezifisches Humankapital bei einem Wechsel zu einem anderen Unternehmen entwertet wird. Eine Kapitalbeteiligung am eigenen Unternehmen bedeutet letztlich nichts anderes, als dass darüber hinaus auch noch die Sicherheit der eigenen Spareinlagen zur Altersvorsorge an das Wohlergehen eines einzigen Unternehmens geknüpft wird. Das kann schwerlich im Interesse der Arbeitnehmer liegen. Nicht von ungefähr rät jeder Anlageberater beim Aktienkauf zur Streuung des Risikos. Dies gilt auch für Anleger, die in Bezug auf Arbeitsplatz und Humankapital am Unternehmensrisiko beteiligt sind. Die Anlagen der Investivlöhne durch eine Versicherung insolvenzfest zu machen, wäre eine mögliche Lösung, die jedoch zwangsläufig zulasten der erzielbaren Rendite oder der Steuerzahler ginge. Mithin ist zu fragen, warum sich der Staat überhaupt steuernd in die Anlageentscheidung von Arbeitnehmern einmischen sollte.

Auch in der praktischen Umsetzung sind Probleme offensichtlich. Während eine Investivlohnregelung bei börsennotierten Unternehmen noch relativ leicht umgesetzt werden könnte, stellt sich für den Mittelstand die Frage, welche Form eine Kapitalbeteiligung überhaupt annehmen könnte und wie der Wert der Arbeitnehmeranteile zu berechnen wäre. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt werden bei beiden Tarifparteien Vorbehalte gegen den Investivlohn laut. Von Arbeitgeberseite wird betont, dass keine zusätzlichen Kosten für Unternehmen entstehen dürften – d. h. der Lohnkostenanstieg entsprechend geringer ausfallen soll – und Arbeitnehmer als Anteilseigner auch eventuelle Verluste mittragen müssten. Zudem dürfe vor allem die Unternehmensmitbestimmung durch Kapitalerwerb keinesfalls über den im Mitbestimmungsgesetz festgelegten Umfang hinaus ausgedehnt werden. Dagegen lehnen Gewerkschaften eine Verlustbeteiligung der Arbeitnehmer ab und befürworten, dass aus der Kapitalbeteiligung zusätzliche Stimmrechte erwachsen. Gleichzeitig unterstreichen sie, dass Investivlöhne kein Ersatz für angemessene Tariflohnzuwächse sein können. Alles in allem droht der Initiative das Ende in der Auseinandersetzung der Tarifparteien.

Gewinnbeteiligung die bessere Alternative

Vor diesem Hintergrund empfiehlt das DIW Berlin, über die Ausdehnung von Gewinnbeteiligungsmodellen nachzudenken. Eine erfolgsbedingte Komponente findet bei Unternehmen wie Audi und SAP bereits Anwendung und war Teil des letzten Abschlusses in der Metallindustrie. Gewinnbeteiligungen haben ähnliche Vorteile wie Investivlöhne, etwa was die Motivation der Arbeitnehmer betrifft, deren Lohnsteigerungen unmittelbar an den Unternehmenserfolg gebunden wären; die Entscheidung über die Investition in Kapitalanlagen verbliebe dagegen beim Arbeitnehmer. Zudem ließen sich Gewinnbeteiligungen im Gegensatz zu Investivlöhnen auch bei Personengesellschaften relativ leicht umsetzen.

Für die Arbeitnehmer hätte eine erfolgsabhängige Lohnkomponente dabei mehr Vorteile als Nachteile. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Lohnkürzungen in wirtschaftlich schwierigen Situationen ohnehin zunehmend zur Regel werden. Zur Sicherung ihrer von Streichung bedrohten Arbeitsplätze waren Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren wiederholt bereit, zum Teil beträchtliche finanzielle Einbußen hinzunehmen. Steigende Unternehmensgewinne hingegen schlugen sich zuletzt kaum in steigenden Lohneinkommen nieder. Dies bedeutete nicht nur für die Beschäftigten eine Einschränkung, sondern machte in der Konsequenz auch den Unternehmen zu schaffen, die sich mit einer stagnierenden Konsumnachfrage konfrontiert sahen. Hierin besteht der größte Vorteil einer stärkeren Gewinnbeteiligung von Arbeitnehmern: Durch sie könnte ein Beitrag zu der von der Arbeitgeberseite vielfach geforderten Flexibilisierung der Lohnentwicklung geleistet werden.

Einen Nachteil hat eine verstärkte Gewinnbeteiligung mit dem Investivlohnansatz gemein: Sie weist ein prozyklisches Element auf, dass sich besonders in Zeiten stockender Konjunktur negativ bemerkbar macht. Während in konjunkturell guten Zeiten sprudelnde Gewinne zu Lohnsteigerungen führen, die die binnenwirtschaftliche Entwicklung stützen, ziehen im Abschwung sinkende Gewinne niedrigere Lohneinkommenszuwächse nach sich, die die Entwicklung des privaten Konsums schwächen und dadurch die ohnehin rückläufige Investitionsbereitschaft der Unternehmen über verschlechterte Absatzaussichten zusätzlich dämpfen. Dem steht allerdings der Vorteil einer geringeren Beschäftigungsschwankung gegenüber. Insgesamt verringert eine steigende Flexibilität nicht die Notwendigkeit aktiver Wirtschaftspolitik.

dass die Lohnforderungen unterhalb der Summe aus Produktivitäts- und Preiszuwachs bleiben, der Ölpreis in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 deutlich gesunken ist und der Euro gegenüber dem US-Dollar voraussichtlich weiterhin aufwerten wird, was die Konjunktur im Euroraum etwas bremsen dürfte.

Finanzpolitik

Die Entwicklung der staatlichen Finanzierungssalden vollzieht sich fast lehrbuchmäßig. Der Konjunkturaufschwung spült erhebliche Mehreinnahmen in die öffentlichen Kassen, so dass die Finanzierungsdefizite stark rückläufig sind. Die Entwicklung zeigt einmal mehr die starke Abhängigkeit der öffentlichen Haushalte vom Wirtschaftsverlauf. Wie in einer Rezession oder Stagnation die Defizite automatisch in die Höhe schnellen, bilden sie sich nach dem gleichen Muster im Aufschwung zurück. Allerdings hätte es der Wirtschaft geholfen, wenn in der vorangegangenen Stagnation der Finanzpolitik mehr Luft zum Atmen geblieben wäre. Auch wäre damit der Gefahr einer prozyklischen Ausrichtung im Konjunkturaufschwung begegnet worden. So aber fielen in den Jahren leerer Kassen wichtige Investitionsprojekte dem Rotstift zum Opfer, mit der Folge, dass sich ein gewaltiger Nachholbedarf aufgestaut hat. Wenn nun in finanziell besseren Zeiten dieser Bedarf befriedigt würde, könnte dies kaum ohne

gesamtwirtschaftliche Friktionen vonstatten gehen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist eine stetige Politik einem prozyklischen Verhalten vorzuziehen, weil dadurch Erwartungen stabilisiert werden.

Inzwischen verstärken sich die Anzeichen dafür, dass der Konjunkturaufschwung an Nachhaltigkeit gewinnt. Dies nährt die Hoffnung, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer eher zu verkräften ist, als dies noch vor wenigen Monaten befürchtet worden war. Hierzu trägt auch die deutliche Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bei. Doch sollten die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer nicht auch noch zur Haushaltskonsolidierung verwendet werden. So sehr die Forderung berechtigt ist, die konjunkturbedingten Mehreinnahmen für den Abbau der Haushaltsdefizite zu nutzen, so notwendig muss auch die Einsicht sein, dass die Einnahmen aus der höheren Mehrwertsteuer zur Finanzierung struktureller Reformen eingesetzt werden sollten. Nach wie vor notleidend sind die Ausgaben für die Infrastruktur, zudem fehlt es an Mitteln für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Dabei wird eher unterschätzt, wie wichtig diese Ausgaben für die Stärkung der Humankapitalbasis und damit für das Wirtschaftswachstum sind. Es fehlt am politischen Willen, hier eine dringend notwendige Umkehr einzuleiten. Wenn der politische Wille bisher aus Geldmangel fehlte, so ist nun dieser Grund nicht mehr gegeben.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Schätzung und Prognose für die Jahre 2006 bis 2008

	2005	2006	2007	2008	2006		2007		2008	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
Erwerbstätige	-0,1	0,6	0,7	0,7	0,3	0,9	0,7	0,6	0,7	0,7
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,2	0,6	0,2	-0,9	-0,0	1,3	0,0	0,3	-0,7	-1,2
Arbeitstage	-0,5	-0,8	-0,6	1,1	0,0	-1,6	-0,5	-0,8	0,8	1,4
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-0,4	0,4	0,2	0,8	0,3	0,6	0,3	0,1	0,8	0,9
Produktivität ¹	1,3	1,9	1,5	1,6	1,9	1,9	1,5	1,4	1,6	1,6
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,9	2,3	1,7	2,5	2,2	2,5	1,8	1,5	2,4	2,5
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) In Mrd. Euro										
Konsumausgaben	1740,7	1779,8	1823,0	1883,1	864,6	915,2	884,4	938,6	915,3	967,8
Private Haushalte ²	1321,1	1354,1	1386,0	1431,8	658,9	695,2	676,5	709,5	698,6	733,2
Staat	419,6	425,7	437,0	451,3	205,7	220,0	207,9	229,1	216,6	234,7
Anlageinvestitionen	386,9	408,6	422,0	439,2	191,3	217,3	199,4	222,6	207,5	231,7
Ausrüstungen	159,4	170,3	176,9	187,2	80,6	89,7	83,5	93,5	88,0	99,2
Bauten	202,3	212,5	218,8	225,3	98,3	114,2	103,3	115,6	106,6	118,7
Sonstige Anlageinvestitionen	25,2	25,7	26,2	26,7	12,4	13,3	12,7	13,5	12,9	13,7
Vorratsveränderung ³	-2,6	3,7	1,6	0,8	8,3	-4,6	6,6	-5,0	4,2	-3,4
Inländische Verwendung	2125,0	2190,5	2246,6	2323,1	1064,2	1126,3	1090,5	1156,1	1127,0	1196,2
Außenbeitrag	116,0	112,9	130,8	136,9	59,0	53,8	71,0	59,8	74,7	62,1
Exporte	912,3	1030,3	1128,5	1230,5	498,0	532,3	553,0	575,5	601,8	628,7
Importe	796,3	917,5	997,7	1093,6	439,0	478,5	482,0	515,7	527,1	566,5
Bruttoinlandsprodukt	2241,0	2304,9	2377,4	2460,0	1123,2	1181,7	1161,5	1215,9	1201,7	1258,3
b) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
Konsumausgaben	1,3	2,2	2,4	3,3	2,3	2,2	2,3	2,6	3,5	3,1
Private Haushalte ²	1,4	2,5	2,4	3,3	2,3	2,7	2,7	2,1	3,3	3,3
Staat	1,1	1,4	2,7	3,3	2,3	0,7	1,1	4,2	4,2	2,4
Anlageinvestitionen	0,7	5,6	3,3	4,1	4,8	6,3	4,3	2,4	4,0	4,1
Ausrüstungen	5,0	6,9	3,9	5,8	7,4	6,4	3,6	4,2	5,4	6,2
Bauten	-2,7	5,0	3,0	2,9	3,1	6,8	5,1	1,2	3,2	2,7
Sonstige Anlageinvestitionen	2,1	2,2	2,0	1,6	2,4	1,9	2,5	1,5	1,7	1,6
Inländische Verwendung	1,4	3,1	2,6	3,4	3,3	2,9	2,5	2,6	3,3	3,5
Exporte	8,1	12,9	9,5	9,0	13,0	12,9	11,0	8,1	8,8	9,2
Importe	8,6	15,2	8,7	9,6	17,2	13,5	9,8	7,8	9,3	9,9
Bruttoinlandsprodukt	1,5	2,8	3,1	3,5	2,4	3,2	3,4	2,9	3,5	3,5
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro										
Konsumausgaben	1626,9	1642,5	1650,6	1681,9	803,4	839,0	805,6	845,0	822,3	859,6
Private Haushalte ²	1227,9	1240,6	1242,7	1264,7	605,4	635,1	607,7	635,0	618,2	646,4
Staat	398,9	401,9	408,0	417,3	198,1	203,8	197,9	210,1	204,1	213,2
Anlageinvestitionen	398,8	418,7	431,3	448,4	196,4	222,3	203,8	227,6	211,8	236,6
Ausrüstungen	173,9	187,4	196,2	208,4	88,2	99,2	92,2	104,0	97,7	110,7
Bauten	198,3	203,9	206,7	211,0	95,2	108,7	97,9	108,9	100,1	110,9
Sonstige Anlageinvestitionen	27,9	29,3	30,5	31,6	14,0	15,3	14,6	15,8	15,2	16,4
Inländische Verwendung	2026,3	2064,0	2081,3	2127,5	1010,6	1053,4	1014,3	1067,0	1036,5	1091,0
Exporte	916,8	1023,1	1108,4	1198,4	497,9	525,2	545,7	562,6	588,7	609,6
Importe	815,6	908,8	974,4	1056,5	436,0	472,8	471,0	503,4	509,5	547,1
Bruttoinlandsprodukt	2129,2	2179,2	2215,2	2269,6	1073,3	1105,9	1092,5	1122,7	1118,7	1150,9
b) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
Konsumausgaben	0,2	1,0	0,5	1,9	0,8	1,1	0,3	0,7	2,1	1,7
Private Haushalte ²	0,1	1,0	0,2	1,8	0,7	1,4	0,4	-0,0	1,7	1,8
Staat	0,6	0,7	1,5	2,3	1,1	0,4	-0,1	3,1	3,2	1,5
Anlageinvestitionen	0,8	5,0	3,0	4,0	4,7	5,2	3,8	2,4	4,0	4,0
Ausrüstungen	6,1	7,8	4,7	6,2	8,3	7,3	4,6	4,8	5,9	6,5
Bauten	-3,6	2,8	1,4	2,0	1,8	3,8	2,8	0,1	2,3	1,8
Sonstige Anlageinvestitionen	4,7	4,8	4,0	3,7	5,3	4,4	4,4	3,6	3,7	3,6
Inländische Verwendung	0,5	1,9	0,8	2,2	1,8	1,9	0,4	1,3	2,2	2,3
Exporte	6,9	11,6	8,3	8,1	12,0	11,2	9,6	7,1	7,9	8,4
Importe	6,5	11,4	7,2	8,4	12,5	10,4	8,0	6,5	8,2	8,7
Bruttoinlandsprodukt	0,9	2,3	1,7	2,5	2,2	2,5	1,8	1,5	2,4	2,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Schätzung und Prognose für die Jahre 2006 bis 2008

	2005	2006	2007	2008	2006		2007		2008	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000 = 100)										
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
Private Konsumausgaben ²	1,3	1,5	2,2	1,5	1,6	1,3	2,3	2,1	1,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,7	1,1	1,0	1,1	0,3	1,1	1,0	1,0	1,0
Anlageinvestitionen	-0,1	0,6	0,3	0,1	0,1	1,0	0,5	0,1	0,1	0,1
Ausrüstungen	-1,1	-0,8	-0,8	-0,4	-0,8	-0,8	-1,0	-0,6	-0,5	-0,3
Bauten	0,9	2,1	1,6	0,9	1,3	2,9	2,2	1,1	0,9	0,9
Exporte	1,1	1,2	1,1	0,8	0,9	1,5	1,3	0,9	0,9	0,8
Importe	1,9	3,4	1,4	1,1	4,1	2,8	1,6	1,2	1,1	1,1
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,5	1,5	1,0	0,2	0,8	1,6	1,4	1,0	1,0
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) In Mrd. Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 651,0	1 691,0	1 737,6	1 801,3	832,5	858,6	852,7	884,8	884,2	917,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	217,9	218,1	220,8	227,5	106,1	112,0	106,5	114,3	109,6	117,9
Bruttolöhne und -gehälter	911,4	924,4	945,3	976,7	436,7	487,7	446,4	498,9	461,3	515,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	521,7	548,6	571,4	597,1	289,7	258,9	299,8	271,6	313,3	283,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	262,9	285,4	307,9	320,9	125,5	159,9	141,2	166,7	147,0	173,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1 913,9	1 976,4	2 045,4	2 122,3	958,0	1 018,4	993,9	1 051,5	1 031,2	1 091,0
Abschreibungen	334,3	335,4	340,8	346,9	166,0	169,5	168,6	172,2	171,7	175,3
Bruttonationaleinkommen	2 248,2	2 311,9	2 386,2	2 469,2	1 123,9	1 187,9	1 162,5	1 223,7	1 202,9	1 266,3
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	1 675,1	1 725,6	1 766,0	1 836,4	832,8	892,8	855,8	910,2	890,0	946,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	545,9	583,1	599,8	632,2	290,0	293,2	302,9	297,0	319,0	313,2
Arbeitnehmerentgelt	1 129,3	1 142,4	1 166,1	1 204,2	542,8	599,6	552,9	613,2	570,9	633,3
b) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1,4	2,4	2,8	3,7	2,8	2,1	2,4	3,1	3,7	3,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	-2,1	0,1	1,3	3,0	0,1	0,0	0,3	2,1	3,0	3,1
Bruttolöhne und -gehälter	-0,3	1,4	2,3	3,3	0,8	2,0	2,2	2,3	3,3	3,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	6,2	5,2	4,2	4,5	7,0	3,2	3,5	4,9	4,5	4,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	3,4	8,6	7,9	4,3	5,9	10,7	12,5	4,3	4,1	4,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1,7	3,3	3,5	3,8	3,2	3,4	3,7	3,2	3,8	3,8
Abschreibungen	2,3	0,3	1,6	1,8	-1,0	1,7	1,6	1,6	1,8	1,8
Bruttonationaleinkommen	1,8	2,8	3,2	3,5	2,5	3,1	3,4	3,0	3,5	3,5
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	1,5	3,0	2,3	4,0	2,5	3,4	2,8	1,9	4,0	4,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,2	6,8	2,9	5,4	6,3	7,4	4,4	1,3	5,3	5,5
Arbeitnehmerentgelt	-0,7	1,2	2,1	3,3	0,7	1,6	1,9	2,3	3,3	3,3
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) In Mrd. Euro										
Masseneinkommen	978,8	983,7	1 003,3	1 025,0	472,4	511,3	481,8	521,5	492,0	532,9
Nettolöhne- und -gehälter	601,4	605,2	620,3	638,2	282,3	322,9	289,6	330,7	298,0	340,1
Monetäre Sozialleistungen	458,3	459,5	460,0	464,8	231,2	228,3	230,7	229,3	233,0	231,8
abzüglich Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	80,9	81,0	77,0	78,0	41,1	39,9	38,5	38,5	39,0	39,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	521,7	548,6	571,4	597,1	289,7	258,9	299,8	271,6	313,3	283,8
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-40,8	-44,4	-47,5	-48,0	-22,8	-21,7	-22,8	-24,8	-23,0	-25,0
Verfügbares Einkommen	1 459,8	1 487,9	1 527,2	1 574,1	739,4	748,6	758,8	768,4	782,3	791,8
<i>Nachrichtlich:</i>										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	18,1	21,1	21,6	22,4	9,8	11,3	10,1	11,5	10,5	11,9
Konsumausgaben	1 321,1	1 354,1	1 386,0	1 431,8	658,9	695,2	676,5	709,5	698,6	733,2
Sparen	156,8	155,0	162,8	164,7	90,3	64,7	92,4	70,4	94,2	70,5
Sparquote in % ⁷	10,6	10,3	10,5	10,3	12,0	8,5	12,0	9,0	11,9	8,8
b) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
Masseneinkommen	-0,2	0,5	2,0	2,2	-0,3	1,2	2,0	2,0	2,1	2,2
Nettolöhne- und -gehälter	-0,3	0,6	2,5	2,9	-0,7	1,8	2,6	2,4	2,9	2,9
Monetäre Sozialleistungen	0,2	0,3	0,1	1,0	0,4	0,1	-0,2	0,4	1,0	1,1
abzüglich Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	1,9	0,0	-4,9	1,3	0,6	-0,6	-6,2	-3,5	1,3	1,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	6,2	5,2	4,2	4,5	7,0	3,2	3,5	4,9	4,5	4,5
Verfügbares Einkommen	1,7	1,9	2,6	3,1	2,1	1,8	2,6	2,6	3,1	3,0
Konsumausgaben	1,4	2,5	2,4	3,3	2,3	2,7	2,7	2,1	3,3	3,3
Sparen	3,3	-1,2	5,1	1,2	1,7	-5,0	2,3	8,9	1,9	0,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Schätzung und Prognose für die Jahre 2006 bis 2008

	2005	2006	2007	2008	2006		2007		2008	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸										
a) In Mrd. Euro										
Einnahmen										
Steuern	493,0	523,5	556,5	576,5	258,5	265,0	273,0	283,5	282,7	293,8
Sozialbeiträge	397,0	401,6	399,0	411,0	195,1	206,5	193,5	205,5	199,0	212,0
Vermögenseinkommen	13,0	14,4	14,6	15,0	8,2	6,2	8,3	6,3	8,5	6,5
Sonstige Transfers	18,2	14,4	14,4	14,6	6,9	7,5	6,8	7,6	6,9	7,7
Vermögenstransfers	10,0	9,7	9,9	10,0	4,8	4,9	4,9	4,9	5,0	5,0
Verkäufe	44,1	44,7	45,6	46,7	21,0	23,7	21,4	24,2	22,0	24,7
Sonstige Subventionen	0,5	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Insgesamt	975,9	1008,6	1040,4	1074,2	494,6	514,0	508,1	532,2	524,3	549,9
Ausgaben										
Vorleistungen	96,1	100,4	103,5	106,8	46,4	54,0	48,0	55,5	49,5	57,3
Arbeitnehmerentgelte	167,5	166,7	166,5	171,3	79,3	87,4	79,2	87,3	81,5	89,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	62,0	63,4	64,7	65,8	31,9	31,5	32,5	32,2	33,0	32,8
Subventionen	26,8	26,4	26,4	26,2	12,4	14,0	12,4	14,0	12,3	13,9
Monetäre Sozialleistungen	430,2	431,5	432,5	435,8	217,0	214,5	217,0	215,5	218,4	217,4
Soziale Sachleistungen	167,5	172,5	178,0	185,0	84,5	88,0	87,0	91,0	90,5	94,5
Sonstige laufende Transfers	35,3	36,2	37,2	38,4	18,0	18,2	18,5	18,7	19,1	19,3
Vermögenstransfers	34,3	31,0	29,0	28,4	16,8	14,2	15,5	13,5	15,1	13,3
Bruttoinvestitionen	30,2	30,7	31,6	32,7	13,4	17,3	13,8	17,8	14,2	18,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,4	-1,2	-1,2	-0,8	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6
Insgesamt	1048,5	1057,5	1068,2	1089,2	519,0	538,5	523,3	544,9	533,0	556,2
Finanzierungssaldo	-72,6	-48,9	-27,9	-15,0	-24,4	-24,5	-15,2	-12,7	-8,7	-6,3
b) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
Einnahmen										
Steuern	2,4	6,2	6,3	3,6	7,6	4,8	5,6	7,0	3,6	3,6
Sozialbeiträge	0,1	1,2	-0,7	3,0	1,0	1,3	-0,8	-0,5	2,8	3,2
Vermögenseinkommen	20,4	11,0	1,5	2,7	33,2	-9,0	1,5	1,6	2,4	3,2
Sonstige Transfers	6,4	-21,3	0,3	1,4	-35,5	-1,6	-0,7	1,3	1,5	1,3
Vermögenstransfers	4,2	-3,5	2,4	1,2	-6,9	0,0	4,0	0,8	1,2	1,2
Verkäufe	7,2	1,3	1,9	2,4	0,9	1,7	1,7	2,1	2,8	2,1
Sonstige Subventionen	-7,4	-26,0	8,1	0,0	-29,2	-23,1	17,6	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	2,0	3,4	3,1	3,3	3,9	2,9	2,7	3,5	3,2	3,3
Ausgaben										
Vorleistungen	6,6	4,4	3,1	3,2	6,1	3,0	3,5	2,8	3,1	3,2
Arbeitnehmerentgelte	-1,1	-0,5	-0,1	2,9	-0,3	-0,6	-0,2	-0,1	2,9	2,9
Vermögenseinkommen	-0,8	2,2	2,1	1,7	2,7	1,8	1,9	2,2	1,5	1,9
Subventionen	-5,3	-1,3	0,0	-0,8	-5,0	2,1	-0,0	0,0	-0,8	-0,7
Monetäre Sozialleistungen	0,3	0,3	0,2	0,8	0,4	0,3	-0,0	0,5	0,6	0,9
Soziale Sachleistungen	2,3	3,0	3,2	3,9	2,9	3,2	2,9	3,4	4,0	3,8
Sonstige laufende Transfers	6,1	2,4	2,8	3,2	-5,5	11,5	2,9	2,7	3,2	3,2
Vermögenstransfers	3,3	-9,5	-6,5	-2,1	-11,7	-6,8	-7,9	-4,9	-2,6	-1,5
Bruttoinvestitionen	-3,8	1,5	3,1	3,5	-0,6	3,1	3,3	2,9	2,9	3,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,0	-4,2	-12,4	0,0	26,2	-26,8	-22,1	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	0,9	0,9	1,0	2,0	0,4	1,3	0,8	1,2	1,8	2,1

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Oleksandr Talavera, Andriy Tsapin, Oleksandr Zholud

Macroeconomic Uncertainty and Bank Lending: The Case of Ukraine

Our study investigates the link between bank lending behavior and macroeconomic uncertainty. We develop a dynamic model of a bank's value maximization that results in a negative relationship between loan to capital ratio and macroeconomic uncertainty. This proposition is tested using a panel of Ukrainian banks collected from NBU and covering the period 2003q1–2005q3. The results indicate that banks increase their lending ratios when macroeconomic uncertainty decreases. We demonstrate that our results are robust with respect to the measurement of macroeconomic uncertainty. The reaction of banks to changes in uncertainty is not uniform and depends on bank-specific characteristics.

Discussion Paper No. 637

Christopher F. Baum, Dorothea Schäfer, Oleksandr Talavera

The Effects of Industry-Level Uncertainty on Cash Holdings: The Case of Germany

This paper investigates the link between the optimal level of non-financial firms' liquid assets and industry-level uncertainty. We develop a structural model of a firm's value maximization problem that predicts that as industry-level uncertainty increases the firm will increase its optimal level of liquidity. We test this hypothesis using a panel of German firms drawn from the Bundesbank's balance sheet database and show that greater uncertainty at the industry-level causes firms to increase their cash holdings. The strength of these effects differ among subsamples of the firms with different characteristics.

Discussion Paper No. 638

Bruce Headey

Life Goals Matter to Happiness: A Revision of Set-Point Theory

Using data from the long-running German Socio-Economic Panel Survey (SOEP), this paper provides evidence that life goals matter substantially to subjective well-being (SWB). Nonzero sum goals, which include commitment to family, friends and social and political involvement, promote life satisfaction. Zero sum goals, including commitment to career success and material gains, appear detrimental to life satisfaction. Finding that conscious life goals matter can potentially make an important contribution to SWB theory. The most widely accepted theory – set-point or dynamic equilibrium theory – essentially claims that set-points are near-automatic consequences of hereditary characteristics, including personality traits. Life goals play no role in these theories and major life events are viewed as having only a transitory effect. The SOEP panel data show that, over a 15–20 year period, non-trivial minorities record substantial changes in their set-points. This paper shows linkages between these changes and (a) the personality traits of extraversion, neuroticism and internal locus of control and (b) choice of life goals.

Discussion Paper No. 639

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html>).

The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (<http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html>).

Annette Spellerberg, Denis Huschka, Roland Habich

Is the Regional Perspective Useful? Rural and Urban Quality of Life; an Assessment.

In Germany processes can be observed that have long been out of keeping with the principle of equality of opportunity. Unemployment is concentrated in the structurally weak peripheral areas, in Eastern Germany in particular; emigration of young and better-educated people to the West is not diminishing, but contrary to expectation is again on the increase; aging processes have set in already, and when it comes to the provision of infrastructure, e.g. in the field of professional training, some regions are already suffering from considerable problems. These difficulties are frequently interpreted as differences between East and West and are explained away as problems resulting from reunification, such as the deindustrialization and restructuring of the economy and the enormous decline in the birth rate in Eastern Germany. Although these problems cannot just be attributed to social transformation and the birth rate crisis alone, being subject to more general processes of intensified globalization and the aging of society, the increasing regional disparities are rarely considered in the overall context of regional development patterns throughout Germany. Moreover, the difficulty of even obtaining data for purposes of comparison generally means that an international yardstick is lacking when regional developments are analyzed. The present study investigates regional disparities over a period of time in the light of subjective and objective indicators of the quality of life for individuals. To this end, we make use of data from the Wohlfahrtssurvey [Welfare Survey] from 1978 to 2001, among other sources. On the basis of the Euromodule that has been established at the WZB, we compare current regional patterns in Germany with those in other European countries. This approach makes it possible to provide information on the scale of regional disparities in various different countries, and to identify privileged and handicapped regions with reference to standards of living and the sense of wellbeing. The study's findings show that, in the past twenty-five years, welfare in Western Germany has evened out at a higher level, but currently a trend towards increasing economic disparity is discernible. In comparison with other European countries, on the other hand, the differences (regional differences) within Germany are comparatively slight.

Discussion Paper No. 650

Niklas Potrafke

Parties Matter in Allocating Expenditures: Evidence from Germany.

I test if parties matter with respect to the allocation of public expenditures in Germany. Considering the allocation of rights and duties due to the federal structure, two econometric models are estimated. First, a SURE model analyses spending at the federal level for the period from 1950 to 2003 and finds evidence for partisan politics and election year effects. Second, I examine the spending behaviour in the states from 1974 to 2004 in a panel data framework. In comparison to the federal level, policy has weaker impacts on the allocation of expenditures in the states.

Discussion Paper No. 652

Niklas Potrafke

Political Effects on the Allocation of Public Expenditures: Empirical Evidence from OECD Countries.

This paper examines the effects of political determinants on the allocation of public expenditures. Analyzing an OECD panel from 1990 to 2004, a SURE model controls for the contemporaneous correlation between the different expenditure categories (COFOG). I find that left governments set other priorities than right governments: In particular, they increase spending for "Environment protection", "Recreation; Culture and Religion" and "Education". The number of coalition partners as well as minority governments affects the allocation of public expenditures, too. In contrast, there are no election and pre-election year effects.

Discussion Paper No. 653



Herausgeber und Redaktion des Wochenberichts
wünschen allen unseren Lesern
ein gesundes und erfolgreiches
Jahr 2007.

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 198888, 12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen
nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen
werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,- (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und
Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6
Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG, Berlin

Der nächste Wochenbericht
erscheint am 17. Januar 2007.

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugs-
weise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Informa-
tion und Organisation des DIW Berlin (Kundenser-
vice@diw.de) zulässig.